200 170 140 120 100 80 60 40 20
DIN 19 051

Schriftenreihe der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
im Unterbezirk Köln
Heft 5

C 99 - 01704

Für einen Aufbruch von links !

Programmatische Plattform der sozialistischen JUSOS

LaBt Köln erröten !

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
1.	**Das Projekt des modernen Sozialismus**	3
1.1	Entwicklungslinien im modernen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem	3
1.2	...	
2.	**Wir JUSOS: Sozialistische Jugend**	7
2.1	Jugendpolitisch orientiert	7
2.2	Feministisch	9
2.3	Klassenbewußt	11
3.	**Unsere Partei: Die SPD**	11
3.1	Staatstragend und nationalistisch ?	11
3.2	Warum sind wir eigentlich (immer noch) in dieser Partei ?	16
3.3	Aufgaben der Parteilinken	17
3.4	Offensive fur eine demokratische Parteistruktur	19
4.	**Unser Programm: Das Reformprojekt mittlerer Reichweite**	21
4.1	Bildung fur alle verwirklichen	21
4.2	Zukunft der Arbeit und Umbau des Sozialstaates	23
4.3	Ökologisch umbauen, in die Zukunft investieren	35
4.4	Gemeinsames europaisches Haus und internationale Zusammenarbeit	38

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft
der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
in der SPD. Unterbezirk Köln
Hans Günter Bell
Albertusstr. 40-46
5000 Köln 1

Köln, November 1990

1. Das Projekt des modernen Sozialismus

1.1 Entwicklungslinien im modernen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem

Wissenschaftlich-technische Revolution und Klassenformierung

Im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution kam es in unserer Gesellschaft zu einem Umbruch der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise insgesamt. Ein Prozeß, der auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Wissenschaft und Technik erhalten eine immer größere Bedeutung für den kapitalistischen Produktionsprozeß und werden zum Produktionsfaktor. Geistig-intellektuelle, informationsverarbeitende oder logische Arbeitsfunktionen werden zunehmend vom Menschen auf technische Mittel übertragen. Gleichzeitig erfolgt eine Abkehr von der Massenproduktion durch Fließbandarbeit und eine zunehmende Tendenz zur modernen und flexiblen Qualitätsproduktion. Das relative Gewicht der unmittelbaren materiellen Produktion sinkt, während der komplexe Bereich des Dienstleistungssektors aufgrund gestiegener Anforderungen an wissenschaftlich-technische und soziokulturelle Dienstleistungen zulegt.

Der Umfang der Klasse der abhängig Beschäftigten hat unter Einbeziehung der modernen hochqualifizierten ArbeitnehmerInnenschichten und auch der Arbeitslosen zugenommen. Die innere Struktur der ArbeiterInnenklasse ist allerdings tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt; während der Umfang des großindustriellen Kerns abgenommen hat, vergrößert sich der Anteil der Angestellten und Beamten mehr und mehr. Nach wie vor im Wachstum befinden sich lohnabhängige Mittelschichten und lohnabhängige Intelligenz, deren innere Zusammensetzung insbesondere durch eine Zunahme der wissenschaftlich-technischen und der sozial-kulturellen Intelligenz geprägt ist. Damit verbunden ist eine Verbreiterung der Übergangszone zur ArbeiterInnenklasse, in der insbesondere Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz mit der ArbeiterInnenklasse verschmelzen. Die bisherigen Entwicklungen lassen die These zu, daß sich neben dem kleiner werdenden Kern der IndustriearbeiterInnen moderne und qualifizierte Kernbereiche der ArbeiterInnenklasse im Bereich der produktiven Dienstleistungen und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz herausbilden. Die Klassenstruktur befindet sich also im Umbruch.

Die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution machen eine Intellektualisierung (Vergeisti-

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek
C 99 - 01704

gung, d.h. Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit) der Lohnarbeit notwendig, die sich in einer durchschnittlichen Höherqualifizierung des Gesamtarbeitskörpers niederschlägt. Gleichzeitig setzt sich auf der Grundlage von Veränderungen in der Struktur weiblicher Erwerbstätigkeit durch das Aufbrechen überkommener patriarchaler Geschlechterbeziehungen eine Feminisierung der Lohnarbeit durch. Intellektualisierung und Feminisierung sind progressive Tendenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Unter den Bedingungen kapitalistischer Herrschaft setzen sie sich aber nur gebrochen durch, und es verstärkt sich die Gefahr der Segmentierung und Spaltung der ArbeiterInnenklasse, die von den Neokonservativen bewußt vorangetrieben wird.

Individualität und Kollektivität

Der Umbruch der gesellschaftlichen Arbeitsweise und die damit verbundenen Veränderungen im Prozeß der Klassenformierung gehen einher mit einer ebenso tiefgreifenden Veränderung der Lebensweise. Die vergangene Phase kapitalistischer Entwicklung ist gekennzeichnet durch die Beteiligung der ArbeiterInnenklasse am Produktivitätsfortschritt und die Herausbildung und Festigung des Sozialstaats unter dem Druck der ArbeiterInnenbewegung. Diese Entwicklung hat nachhaltige Veränderungen im Alltagsleben insbesondere der Lohnabhängigen bewirkt, was sich in einer Veränderung der Einkommens-, Wohn-, Familienverhältnisse, Konsumgewohnheiten und Freizeitgestaltung durch Ausdifferenzierung der Lebensstile und Lebensweisen äußert. Mit der Auflösung traditioneller proletarischer, aber auch ländlich-konfessioneller Milieus, sind neue sozio-kulturelle Milieus entstanden, die sich weniger in Klassen- und Sozialschranken orientieren und größere Spielräume und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zulassen. Besonders wichtig ist, daß sich in diesem Zusammenhang auch tradierte Geschlechterbeziehungen auflockern und auf Rollenzuweisung basierende Lebenskonzepte von jungen Frauen in Frage gestellt werden.

Dieser Prozeß der Individualisierung ist jedoch ein zwiespältiger, weil er einerseits emanzipatorische und tolerante, andererseits unsolidarische und egoistische Verhaltensweisen hervorbringt. Um die in diesem Prozeß liegenden positiven Effekte auch für die Klassenformierung zu nutzen, kommt es darauf an, den scheinbaren Widerspruch zwischen kollektiver Interessenvertretung und individuellen entwickelten Ansprüchen an die eigene Arbeits- und Lebensgestaltung aufzulösen. Interessenvertretung bedingt Individualität und Kollektivität, und Individualität setzt kollektive Prozesse voraus; z.B. beruht die Chance zum Erwerb eines höheren Bildungsabschlusses nicht nur auf Eigenverdienst, sondern ist vielmehr Ergebnis des Kampfes um Chancengleichheit. Individuelle Interessen, wie z.B. nach Zeitsouveränität, können nur durch mehr kollektive Regelungen erreicht werden, und die Mitbestimmung über den eigenen Arbeitsbereich erfordert kollektive Demokratisierungsforderungen und Durchsetzungsstrategien (z.B. über breitgetragene Arbeitskämpfe).

Die Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft erfolgt heute nicht mehr über die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (zur Familie, Gewerkschaft oder einer Partei). Politische Sozialisation findet damit weit weniger eng geknüpft an die eigentlichen Sozialisationsinstanzen der ArbeiterInnenbewegung statt. Während früher das Hineinwachsen in die ArbeiterInnenbewegung z.B. für die ArbeiterInnenjugendlichen ein fast naturwüchsiger Prozeß war, ist Klassenformierung heute durch die Notwendigkeit gekennzeichnet, daß sich jede und jeder immer wieder bewußt in den Klassenzusammenhang einfügen muß. Dieses Klassenbewußtsein ist erforderlich, weil alle abhängig Beschäftigten auch bei noch so großer Ausdifferenzierung der sozialen und kulturellen Lebensstile und -verhältnisse nach wie vor eine grundlegende Existenzbedingung miteinander verbindet: Sie verfügen nicht über die Produktionsmittel und müssen deshalb ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen. Sie entscheiden nicht über ihre Möglichkeiten, am Erwerbsleben teilzunehmen; sie sind alle, ob als Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz oder als IndustriearbeiterIn ihr gesamtes Arbeitsleben hindurch und damit auch in ihrer gesamten Existenz abhängig von der Entscheidung derjenigen, die die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel haben. Diese Stellung zu den Produktionsmitteln ist bei allen sonstigen Unterschieden das entscheidende Kriterium für die Definition der Klassenzugehörigkeit; zur Klasse der abhängig Beschäftigten oder zu der der KapitalistInnen.

Die Herausnahme der Jugendlichen aus dem Produktionsprozeß (Jugendphase) und der Umbruch der Arbeits- und Lebensweise führen zu einer zunehmenden Bedeutung des Reproduktionsbereiches für den Klassenformierungsprozeß. Für die Politisierung von Jugendlichen gewinnen z.B. Interessenvertretungen in Schule und Hochschule, die Mitarbeit in den demokratischen Bewegungen, Freizeitzentrumsinitiativen im Stadtteil und die "Szene" zunehmend an Bedeutung. Für die Herausarbeitung des Klassenbezugs globaler (Umwelt, Frieden, Nord-Süd-Pro-

blematik) und reproduktiver (z.B. Wohnen und Freizeit) Fragen müssen gewerkschaftliche Kämpfe und die Anliegen der demokratischen Bewegungen miteinander verknüpft werden. Auf diese Weise können im Nichterwerbstätigkeitsbereich entstandene Klassenbewußtseinsformen - z.B. durch gewerkschaftliche Interessenvertretungsarbeit oder Mitarbeit in den bzw. Öffnung für die neuen sozialen Bewegungen - zu einem wesentlichen Faktor in der Konstituierung von Klassenidentität werden.

Entscheidend für die Zukunft ist die Frage, inwieweit es gelingt, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution bedingten Tendenzen der Intellektualisierung und Feminisierung durch die traditionellen Institutionen der ArbeiterInnenbewegung aufzugreifen und zu integrieren. Diese Integration erfordert allerdings die Veränderung der Strukturen der traditionellen Institutionen der ArbeiterInnenbewegung. Der Kampf um die Neuformierung der Klasse der abhängig Beschäftigten kann nur erfolgreich geführt werden, wenn zum einen auch die modernen Bereiche der industriellen ArbeiterInnenklasse, der Dienstleistungsbeschäftigten und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und innerhalb dieser Bereiche besonders die Frauen gewonnen werden können. Zum anderen wird der Kampf um die Klassenlandschaft insbesondere über den Genera-tionswechsel, also in der Jugend, entschieden. In diesem Zusammenhang ist die Öffnung der traditionellen Organisationen der ArbeiterInnenklasse für Jugendliche und Frauen von entscheidender Bedeutung.

Demokratie als Schlüsselfrage

So wie Individualität und Kollektivität bedingen sich auch Individualisierung und Demokratisierung gegenseitig. Durch den Prozeß der Individualisierung (bedingt durch das allgemein höhere Bildungsniveau Jugendlicher (besonders junger Frauen) im Vergleich zu früheren Generationen, die Umbrüche in der Arbeits- und Lebensweise der Menschen, die allmähliche Auflockerung tradierter Geschlechterbeziehungen und Abhängigkeiten u.a.) haben sich die Ansprüche der Menschen, besonders der Jugendlichen und Frauen, an eine selbstbestimmte Lebensführung und Mitbestimmung in allen Lebensbereichen (Alltagsdemokratie) stark entwickelt.

Der Produktionsprozeß selbst erfordert heute aufgrund zunehmend komplizierter und technisierter Produktionsabläufe ArbeitnehmerInnen, die eher eigene Entscheidungen treffen, als Befehle entgegenzunehmen. Die Folge davon ist, daß moderne, hochqualifizierte und selbstbewußte ArbeitnehmerInnen z.B. hierarchische Verhältnisse im Betrieb aufgrund ihrer eigenen Kompetenz immer stärker in Frage stellen. Das Herrschaftssystem im kapitalistischen Unternehmen gerät zunehmend in einen Rechtfertigungszwang. Moderne ArbeitnehmerInnen fordern Begründungen und mehr Durchsichtigkeit für betriebliche Entscheidungen. Partizipationsansprüche reichen zum Teil über den eigenen Arbeitsbereich hinaus und richten sich auch auf betriebsstrategische oder ökologische Fragen.

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche gewinnt durch die gewachsenen Ansprüche der Menschen an Selbst- und Mitbestimmung immer mehr an Bedeutung, aber auch durch die Erkenntnis, daß die Bewältigung weitreichender Zukunftsaufgaben, vor allem der ökologischen Probleme, derzeit eben nicht in kompetenten Händen liegt. Die Forderung nach mehr Demokratie und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist ein zentraler Ansatzpunkt eines politisch bewußt zu machenden gemeinsamen Interesses aller abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen sowie der Jugendlichen und kann nur kollektiv umgesetzt werden.

1.2 ...

2. Wir JUSOS: Sozialistische Jugend

2.1 Jugendpolitisch orientiert

Seit der Mitte der 80er Jahre diskutieren wir Jusos über neue politische Ansätze und Perspektiven von sozialistischer Jugendpolitik und der Rolle der Jusos als sozialistischer Jugendverband. Nicht zuletzt die Einsicht, daß die Jusos als Jugendorganisation sowohl politischen Einfluß als auch bei den Jugendlichen verstärkt an Ansehen verloren hatten, machten diese grundlegende Diskussion notwendig.

Die Gründe für die Probleme der Jusos waren unterschiedlich: Zum einen waren Jugendliche angesichts der ökonomischen Krise der 80er Jahre, deren Auswirkungen voll auf sie durchschlugen, in ihren Zukunftsgestaltungen weitgehend eingeengt. Sozialabbau und Jugendarbeitslosigkeit als Ergebnisse konservativer Politik drängten viele Jugendliche an den Rand der Gesellschaft, beziehungsweise grenzten sie gänzlich aus. Die

Bedrohung ihrer Zukunftsperspektive war für viele Jugendliche spurbar.

Uns Jusos gelang es nicht, die Ängste und Ansprüche der Jugend in unsere konkrete Politik aufzunehmen. Grundlegend veränderte Lebensbedürfnisse, und andere qualitative Ansprüche an Arbeit und Ausbildung, Leben und Umwelt und damit an Politik überhaupt wurden von uns Jusos wenig oder gar nicht wahrgenommen. Auf jeden Fall gelang es nicht, diese überzeugend aufzugreifen.

Daran hatten aber nicht wir Jusos mit unserer längst überkommenen und kaum eineN JugendlicheN noch ernsthaft interessierenden Herangehensweise an Politik ("Sitzungssozialismus") alleine Schuld. Insbesondere die Politik der SPD wirkt auf Jugendliche weitgehend abschreckend. Von einem eigenständigen jugendpolitischen Profil war und ist in dieser Partei nichts zu erkennen. Die Politik der SozialdemokratInnen wird nicht von der anderer Parteien abgegrenzt und das negative Profil der SPD wirkte sich entsprechend auch negativ auf uns Jusos aus.

Als vorläufige Resultate der Diskussion um Jugendpolitik waren folgende Erkenntnisse festzuhalten:

1. Die Jugend hat sich zu einer eigenständigen Lebens phase entwickelt.
2. Jugendliche sind aufgrund besserer Bildung und besserer ökonomischer Möglichkeiten, selbstbewußter im Umgang mit der materiellen Ausstattung der Gesellschaft.
3. Es zeichnet sich eine starke Ausdifferenzierung jugendlicher Lebensstile ab.
4. Jugendliche sind nach wie vor Träger des gesellschaftlichen Wertewandels.

An der grundsätzlichen Einschätzung der Rahmenbedingungen unserer Jugendpolitik hat sich bis heute wenig geändert. Nach wie vor wollen wir Einfluß auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Entwicklung der Geschlechterverhältnisse, nehmen und haben die Aufgabe, den eigenen Verband zu reformieren.

Das verlangt von uns, Handeln auf drei Ebenen:

Zunächst müssen wir uns intensiv mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen, sowie den Zukunftsperspektiven von Jugendlichen, insbesonderer junger Frauen auseinandersetzen um darauf aufbauend überzeugende Reformprojekte mittlerer Reichweite zu den Themenbereichen Bildung und

Ausbildung, Zukunft der Arbeit und ökologischer Umbau zu erarbeiten.

Kurzfristig müssen wir für die Umsetzung notwendiger reformpolitischer Sofortmaßnahmen streiten, um die Lebensbedingungen von jungen Menschen konkret zu verbessern. Besondere Bedeutung muß dabei die Bündnisarbeit haben. Nur so werden wir in der Lage sein, unsere Ansätze in konkrete Politik umsetzen zu können. Sie gilt es entsprechend fortzuentwickeln.

Darüber hinaus bleibt weiterhin die Veränderung unserer eigenen Organistation und ihrer Arbeitsweisen unsere Aufgabe. Hier geht es insbesondere um eine weitere Feminisierung und um die Fortentwicklung der Projektarbeit. Langweiliges und wenig jugendspezifisches Herangehen an Themenfelder muß weiter zurückgedrängt werden. Weiter ist es unsere Aufgabe, auch in unserer Partei stärker als bisher auf die Umsetzung von Beschlüsssen zur Jugendpolitik zu drängen. Es gilt das jugendpolitische Profil der SPD zu stärken.

Unser Ziel besteht darin, die Entfaltung einer selbstbewußten und demokratischen Jugendbewegung zu unterstützen. Dem breiten Engagement von Jugendlichen in Interessenvertretungen, Bürgerinitiativen etc. wollen wir eine Zielpersepektive geben.

2.2 Feministisch

Es waren und sind gerade junge Frauen, die neue Ansprüche an ihr Leben und ihre Zukunft, aber auch an die Politik stellen. Die neuen Ansprüche, z.B. das Bedürfnis nach mehr Eigenständigkeit (66% der weiblichen Jugendlichen sehen die Familie nicht als Mittelpunkt ihres Lebens), sind Ausdruck einer veränderten Lebenssituation von Frauen, die durch die materielle Situation gekennzeichnet ist. Auf der einen Seite finanzielle Unabhängigkeit durch ihren Beruf, auf der anderen Seite die Zurückdrängung in den Reproduktionsbereich, weil Frauen besonders durch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind, Diese Ansprüche stehen aber im Widerspruch zum patriarchalischen und kapitalistischen System.

Unsere Aufgabe ist es, diese Ansprüche aufzugreifen und in unsere Politik miteinfliessen zu lassen. Für uns JUSOS heißt dies, daß wir einerseits unsere Organisation im frauenpolitischen Sinn verändern (z.B. uns für

junge Frauen, die keine Parteimitglieder sind öffnen; einen solidarischeren Umgangsstil pflegen; Frauen die Möglichkeit geben, sich unbefangen zu äußern), andererseits den Wandel der Geschlechterverhältnisse außerhalb der Partei unterstützen.

Die Emanzipation der Frauen ist unser Maßstab für die Emanzipation Aller aus ungerechten, ungleichen und diskriminierenden Verhältnissen. Frauenpolitik ist also notwenig und von strategischer Bedeutung, weil gerade über diesen Bereich fortschrittliche Kräfte mobilisiert werden können und weil Frauenpolitik grundsätzlich antikapitalistisch ist. Fortschrittlichkeit und Antikapitalismus sind daran abzulesen, daß Forderungen für die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen, wie z.B. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, 30-Std.-Woche, Verbesserungen der sozialen Infrastruktur, Quotierung, gegen die Interessen des Kapitals verstroßen.

Doch diese Bedeutung ist Vielen -auch vielen JungsozialistInnen- nicht bewußt. Von einer wirklichen Verankerung der Frauenpolitik bei den JUSOS kann nicht gesprochen werden. Es besteht also ein krasser Widerspruch zu unserem Anspruch frauenpolitisch orientiert und eine feministisch-sozialistische Jugendorganisation zu sein.

Für uns sozialistische JUSOS in Köln bedeutet dies:

1.) Frauenpolitik muß zum integralen Bestandteil jeden politischen Feldes werden; d.h. z.B., daß jedes Projekt der Kölner JUSOS den frauenpolitischen Aspekt mit untersuchen muß. Dies ist wichtig,

a) weil hierdurch Frauenpolitik als fester Bestandteil gesehen werden wird und es so zu einer breiteren Verankerung der Frauenpolitik in der Arbeit der Kölner JUSOS kommt und
b) weil untersucht wird, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Frauen zu helfen, die ja besonders benachteiligt sind.

Frauenpolitik umfaßt aber noch eine zweite Aufgabe, nämlich autonom zu sein. Autonom deshalb, weil es für Frauen wichtig ist, erstmal selbständig Verhältnisse zu analysieren und Forderungen aufzustellen, fernab patriarchalicher Strukturen.

2.) Die Bündnisarbeit muß verstärkt werden. (Dies bezieht sich insbesondere auf das Kölner Frauenforum). Dies ist deshalb von Bedeutung, weil es für uns wichtig ist, nicht im eigenen Saft zu schmoren, sondern Forderungen gemeinsam mit anderen Frauen durchzusetzen zu versuchen. Aber gerade im Frauenbereich ist Bündnisarbeit besonders wichtig, da Frauenpolitik fortschrittlich und antikapitalistisch ist und zur Entwicklung einer emanzipierten Gesellschaft beitragt.

3.) Die Feminisierung der JUSOS muß weiter vorangetrieben werden. Ein wesentlicher Ansatz hierzu ist die weitere Vorantreibung der Qoutierung (wobei die Quotierung Mittel und Zweck der Feminisierung der JUSO-Organistion ist).

2.3 Klassenbewußt

...

3. Unsere Partei: Die SPD

> "Diese Sozialdemokratische Partei ist deshalb ohne Zweifel, so wie die Dinge in der Bundesrepublik liegen, das wesentliche Kampffeld wie der wesentliche Kampffaktor zugunsten der Wiederbelebung von Klassenbewußtsein und der Wiedereinführung dieser abhängig arbeitenden Klasse als Subjekt in die bundesrepublikanische Geschichte, in der sie ja häufig nur Objekt gewesen ist."
>
> Wolfgang Abendroth

3.1 STAATSTRAGEND UND NATIONALISTISCH ?

Zwei widersprüchliche Tendenzen aushalten

In der westdeutschen Sozialdemokratie ist es in den letzten 40 Jahren zu einem grundlegenden Wandel gekommen dessen wesentlicher sozialer Inhalt die öffnung für neue Schichten der ArbeiterInnenklasse (lohnabhängige Mittelschichten, Intelligenz) gewesen ist. "Die Grundlage hierfür bilden Reformprojekte innerhalb des Systems unter Verzicht auf revolutionäre Perspektiven, also gesellschaftliche Arrangements und eine Politik des ständigen Klassenkompromisses." (53 Thesen) Sie ist aber trotzdem -oder gerade deswegen ! - die mit Abstand stärkste Partei der Linken geblieben.

Diese SPD, muß in sich zwei widersprüchliche Tendenzen aushalten:
- Zum einen eine Tendenz zur Anpassung an die herrschenden ökonomischen und politischen Strukturen;

- zum anderen eine Tendenz zur demokratisch-emanzipatorischen Veränderung eben dieser Strukturen.
Darum, welche dieser Tendenzen die Oberhand gewinnt/behält, ringen in der Partei verschiedene Strömungen miteinander:

* Der Einfluß der traditionellen 'Parteirechten' (der "Seeheimer Kreis") um Hermann Rappe ist aktuell eher gering.

* Der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hans Jochen Vogel hat sich aus dieser Strömung gelöst, konnte aber kein eigens Profil aufbauenn. Dies ermöglichte es ihm für einige Zeit eine Mittlerrolle zwischen den konkurrierenden Strömungen zu übernehmen. Sein Unvermögen, auf die deutschlandpolitischen Entwicklungen angemessen zu reagieren hat diesen Status aber nachhaltig untergraben.

* Meinungsbildend in der SPD ist z.Zt. der moderne Sozialliberalismus eines Oskar Lafontaine. Diese Strömung geht "die Themen der Ökologie, der Frauenbefreiung, der selbstbestimmten Arbeit, der Flexibilität und der staatlichen Effizienz (...) auf der Basis eines bürgerlich-liberalen Verständnis des Unternehmertums und der Marktkräfte und eines verteilungspolitischen "Sozialismus in einer Klasse" an..." (Uwe Kremer in spw 46)

* Die kleinste Strömung, die außerhalb der Programmdebatte auch kaum in Erscheinung tritt ist die des ethischen Sozialismus (Erhard Eppler)

* Die marxistisch geprägten SozialistInnen ("Programmlinke") mit Personen wie Peter von Oertzen, Detlev Albers, u.a. "ist heute zum sozialistischen Gewissen für eine SPD-Linke geworden, die vor Jahren auf breiter Front die Partei erobert und ihr Profil dabei verloren hat." (Susi Möbbeck in spw 51)

Keiner der Diskussionsansätze hat dauerhaften programmatischen Bestand

In den 80er Jahren hat die SPD eine öffnung gegenüber der Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung vollzogen und zunehmend zu einer fortschrittlichen und produktiven Rolle in der internationalen Politik gefunden. Das Bemühen eine wirtschaftspolitische Alternative zu entwickeln, die regierungs- und mobilisierungsfähig ist, blieb jedoch vergeblich. Keiner der innerparteilichen

Diskussionsansätze hatte dauerhaften programmatischen Bestand.

Immerhin gelang es, auf dem Berliner Parteitag 1990 in der Grundsatzprogrammdebatte auf dem Gebiet der Wirtschaftsdemokratie eine wirkliche Linksverschiebung im Sinne einer "demokratischen gesamtgesellschaftlichen Steuerung" zu erreichen. Ein nicht weniger wichtiges "Ergebnis des Parteitags und der vorherigen Programmdebatte war der Reformierungsprozeß der Parteilinken." (Susi Möbbeck in spw 51)

In der folgenden Debatte um das Regierungsprogramm ist es nicht gelungen die ökologische und ökonomische Erneuerung der Industriegesellschaft und die sozialen Entfaltung der Individualität in einem Programm der umfassenden gesellschaftlichen Demokratisierung zusammenzufassen. Die aktuelle Auseinandersetzung geht darum, die in den vergangenen Jahren entwickelten und beschlossenen Reformvorhaben entweder in einem Zukunftsinvestitionsprogramm zusammenzufassen. Dies macht eine grundlegende Reform der Finanzierungs- und Verteilungsverhältnisse und damit auch tiefgreifende Eingriffe in ökonomische Prozesse und Machtverhältnisse erforderlich. Oder aber die Vorhaben so kleinzuarbeiten und zurechtzustutzen, daß sie weitgehend macht- und verteilungsneutral umgesetzt werden können. In der lafontain'schen "Fortschritt '90"-Arbeitsgruppe hat sich eindeutig die zweite Varinate durchgesetzt.

Versagen in der Deutschlandpolitik

Schienen dem neuen Sozialliberalismus lafontainscher Prägung noch vor einem Jahr beste Aussichten beschieden die Führung der SPD und die Regierungsmacht in der BRD zu erlangen, so haben sich diese Hoffnungen inzwischen weitgehend verflüchtigt. Dies nicht nur deshalb, weil die Initiative im Zuge des DDR-Zusammenbruchs wieder ganz auf die Bundesregierung übergegangen ist und die Schwerpunktsetzungen des eben erst fertiggestellten Programms "Fortschritt '90" schon wieder überholt sind. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß die große Mehrheit der Bundestagsfraktion und wesentliche Teile der Parteiführung zu einer Opposition gegen den Vereinigungskurs der Bundesregierung weder willens noch fähig waren und nach wie vor nicht sind. Nachdem diese Mehrheit zuerst durch das Fehlen jeglicher Gestaltungsalternativen zur neokonservativen Politik zusammengehalten wurde, hat sie sich schließlich auf das staatstragende Argu-

...st verständigt, eine Ablehnung des Staatsvertrages ...sse ein "unbeherrschbares Chaos" entstehen.

Helmut Kohl befindet sich damit in der komfortablen Lage, "mit einer Opposition konfrontiert zu sein, die von sich aus handlungsunfähig ist und jegliche Voraussetzung für die Gewinnung von Meinungsführerschaft verloren hat. Die Neokonservativen konnen so un ter Verweis auf die mehrfache Zustimmung der Sozialdemokratie ihre Politik als alternativlos darstellen." (Joachim Bischoff, Richard Detje; in: Sozialismus, 07/90)

Oskar Lafontaine hat versucht, diesem nationalistischen Taumel mit dem Hinweis auf die immer noch unbeantwortete soziale Frage zu begegnen und mehrfach davor gewarnt, sich bereits im Vorfeld der Bundestagswahl aller Voraussetzungen für einen zugespitzten Wahlkampf zu berauben. Er hat mit seinem Auftreten -dankenswerterweise- verdeutlicht, "daß die in der Bundestagsfraktion vorherrrschende Naivität in Sachen kapitalistischer Marktwirtschaft" (Joachim Bischoff, Richard Detje; ebd.) nicht die Meinung der Sozialdemokratie ist, sondern daß es in der Sozialdemokratie durchaus unterschiedliche politische Opitionen über die Gestaltung der Zukunft gibt.

Inzwischen sehen wachsende Teile der Partei, daß die Zustimmung zum Staatsvertrag ein entscheidender Fehler war. Hierdurch sind jedoch die besten Chancen die Regierung Kohl-Genscher abzulösen bereits verspielt. Jetzt sind Unmut und Resigantion groß.

Wenigstens im Nachhinein sollte die Partei dieses Versagen auswerten und daraus inhaltliche und personelle Konsequenzen ziehen. Dieses Versagen in der Deutschlandpolitik hat gezeigt, daß die Partei dringend eine neue Führung braucht und daß Oskar Lafontaine bis auf weiteres die einzige Person ist, die einen solchen Prozeß personifizieren könnte.

In NRW sind kaum reformpolitische Gestaltungsperspektiven erkennbar

Die NRW SPD versuchte in den 80er Jahren unter dem Motto "Ökonomische und ökologische Erneuerung in sozialer Verantwortung" eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschafts- und Technologieförderungspolitik mit verstärkten Anstrengungen im Umweltschutz, sozialpolitischen und frauenpolitisch motivierten Aktivitäten zu verbinden. So wichtige Beiträge diese Politik für einen sozial und ökologisch abgefederten Strukturwandel

und Modernisierungsprozeß auch gebracht haben, die negativen Tendenzen sind doch uberdeutlich: Angesichts der finanzpolitischen Probleme, der Neigung, sich den Kapitalinteressen anzupassen, und der mangelnden Konfliktbereitschaft sind kaum reformpolitische Gestaltungsperspektiven erkennbar

Einen schlimmen Mißgriff leistete sich die NRW SPD im Landtagswahlkampf: "Die SPD kämpft seit 126 Jahren gegen Unfreiheit und Unterdrückung, gegen Nationalismus und Kommunismus." tönte Johannes Rau und übersah dabei, daß die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung gerade einmal 72 Jahre her ist. (War die SPD wirklich so schizophren 54 Jahre gegen sich selbst zu kämpfen ?) Wir lehnen diese Geschichtsklitterung ebenso wie jede Form von Antikommunismus entschieden ab. Die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung ist ein Übel, das es nicht zu kultivieren, sondern zu überwinden gilt. Die Linke in der BRD und der (ehemaligen) DDR ist vor Aufgaben gestellt, die es erforderlich machen, alle Kräfte zu sammeln, die an einer fortschrittlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse mitwirken wollen. Wir haben uns ganz bewußt für eine Mitgliedschaft in der SPD entschieden. Denn wir wissen, daß ohne die SPD keine fortschrittliche Politik durchsetzbar ist. Wir wissen aber auch, daß die SPD alleine nicht die Kraft zur Gesellschaftsveränderung hat. Wir scheuen nicht den Streit mit anderen Parteien und Organisationen der Linken, sondern wir suchen den kritischen Dialog mit dem grün-alternativen Spektrum ebenso wie mit SozialistInnen in der PDS um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Die KölnSPD zeigt linkes Profil

Die KölnSPD zeigte und zeigt in diesen Auseinandersetzungen ein klares linkes Profil. Ob die Debatte um die Zukunft der Arbeit bzw. den "Sozialismus in einer Klasse", die Grundsatzprogrammdebatte oder die Auseinandersetzung um das Regierungsprogramm und die Deutschlandpolitik - immer entschied sich eine Mehrheit der Partei für klare linke Positionen und bezog damit häufig eine bundesweit beachtete Gegenposition zum 'main stream' der Bundes-partei. Konsequenter Ausdruck dessen ist z.B. das Verhalten zweier Kölner Bundestagsabgeordneter (Konrad Gilges und Günter Oesinghaus) bei der Abstimmung um den Staatsvertrag: sie haben mit -Nein- gestimmt.

In einem deutlichen Gegensatz dazu steht die praktische Politik der SPD Ratsfraktion. Zwar ist es uns JUSOS gelungen, eine Vielzahl unserer Positionen im Kommunal-

wahlprogramm zu verankern, aber im Rat der Stadt Köln fehlt die politische Mehrheit, dieses Programm auch umzusetzen. Eine mögliche Vereinbarung mit den GRÜNEN scheiterte zu Beginn dieser Wahlperiode nicht zuletzt auch an der Blockade durch die Fraktionsführung. Stattdessen wurde mensch mit der CDU handelseinig. Es wird in der Kommunalpolitik deshalb vor allem darum gehen, die Umsetzung des Kommunalwahlprogrammes der SPD einzufordern und durchzusetzen.

3.2 WARUM SIND WIR EIGENTLICH (IMMER NOCH) IN DIESER PARTEI ?

Wir junge SozialistInnen leben und arbeiten in einem der am höchsten entwickelten kapitalistischen Industrieländer, ... Wir arbeiten zudem als Minderheit in einer der ältesten und größten sozialdemokratischen Parteien, deren Geschichte zunächst stärker als irgendwo sonst von der Aneignung marxistischen Gedankenguts, dann aber auch besonders nachhaltig von dessen vermeintlicher Widerlegung und den negativen Auswirkungen der Spaltung der ArbeiterInnenbewegung geprägt ist. Schließlich sehen wir uns einem Bewußtsein großer Teile der Lohnabhängigen wie der Bevölkerung insgesamt gegenüber, in dem die Notwendigkeit des Kampfes für eine sozialistische Alternative weithin verschüttet ist. Wir stehen also vor den Schwierigkeiten,
- die Zustimmung zum Bewußtsein der Herrschenden in Frage zu stellen und
- die sozialistische Theorie immer wieder mit ihren eigenen Instrumenten zu überprüfen und ggf. zu verändern und
- dabei dem gängigen Bewußtsein der ArbeiterInnenbewegung selbst entgegenzustehen.

Ohne Aussicht auf kurzfristige Änderung bringen wir unsere Auffassungen als Minderheit in die SPD ein.Warum ?

Weil die SPD die Partei mit der größten sozialen und politischen Verankerung in der ArbeiterInnenklasse der BRD ist und die große Mehrheit derjenigen lohnabhängig Beschäftigten, die überhaupt ein gewerkschaftliches und politisches Bewußtsein entwickelt haben, sich an dieser Partei orientieren und sie bei Wahlen unterstützen.

Dementsprechend sind die Auseinandersetzungen in der SPD ganz wesentlich Folge von Entwicklungen in den Gewerkschaften und der Stärke von demokratischen Massenbewegungen, wie mögliche Veränderungen in der SPD entsprechende Prozesse in diesen Teilen der ArbeiterInnenklasse vorantreiben konnen. Die SPD wird sich allerdings nicht allein durch den Druck von außen in eine antikapitalistische Richtung entwickeln. Hierzu bedarf es auch des Drucks von innen.

Wir machen uns keine Illusionen über die Schwierigkeiten der Durchsetzung moderner klassenbewußter Positionen in der SPD. Die tiefgehenden Umbrüche in den Klassenstrukturen und die völlig veränderten Prozesse der Klassenformierung erfordern ein weitgehendes Umdenken der sozialistischen Linken. Weil aber der Kampf um klassenbewußte Positionen in der ArbeiterInnenklasse der BRD nur erfolgreich geführt werden kann, wenn er auch in der SPD Erfolg hat, halten wir trotz aller Rückschläge (wie aktuell in der Deutschlandpolitik) an der "prinzipiell lösbaren Kampfaufgabe" (Herforder Thesen) fest, die SPD zu einer Kraft zu machen, die mehrheitlich die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische -d.h. von Grund auf demokratische- verändern will !

Das es der Parteilinken gelungen ist, in der Grundsatzprogrammdebatte durchzusetzen, daß sich die SPD wieder zur "Marxschen Geschichts- und Gesellschaftslehre" und den "Erfahrungen der Arbeiterbewegung" als zwei ihrer geistigen Wurzeln bekennt und feststellt, "daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig. (...) Wir erstreben eine solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichen ohne Klassenvorrechte, in der alle Menschen gleichberechtigt über ihr Leben und ihre Arbeit entscheiden. Die neue und bessere Ordnung, die der Demokratische Sozialismus erstrebt, ist eine von Klassenschranken befreite Gesellschaft." (Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Parteitag 1989 in Berlin) gibt uns Mut.

3.3 AUFGABE DER PARTEILINKEN:

Projekt der ökologischen, sozialen und demokratischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

Während die Parteilinke auf dem Nürnberger Parteitag 1986 mit der Beschlußfassung des "Nürnberger Aktionsprogramm: Massenarbeitslosigkeit überwinden - Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern" einen Erfolg erzielen konnte, wurde auf dem Münsteraner Parteitag 1988 durch die Vorstöße Oskar Lafontaines der latent vorhandene Dissens in zentralen wirtschaftspolitischen Fragen innerhalb des "Frankfurter Kreis"-Spektrums

deutlich. In dieser Verfassung war die Parteilinke kaum noch handlungsfähig. Die "Enkel" gebährdeten sich zunehmend staatstragend und banden Teile der bisherigen Linken in einen systemkonformen Anpassungskurs an den modernen Kapitalismus ein; die Versuche, die SPD auf Kosten der Gewerkschaften im bürgelichen Lager salonfähig zu machen, störten die -gerade für die Parteilinke so wichtige- Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften empfindlich.

Die Kräfte, die einen Wechsel in der Partei- und Fraktionsführung wollen müssen sich in der Auseinandersetzung mit dem alten Parteiestablishment erst noch formieren, bevor er durchgesetzt werden kann. Die Parteilinke muß in die Offensive für eine demokratische Parteistruktur gehen und den demokratischen Diskurs gegen die nationale Besoffenheit stellen. Die Alternative hierzu ist die fortgesetzt Entpolitisierung der Partei und ihr Verharren in nationalistischer Benommenheit. Dagegen setzt sich auch kein Oskar Lafontaine im Selbstlauf durch. Er bedarf jetzt der Unterstützung auch durch uns, die wir manche Position Lafontaine's bisher und sicher auch in Zukunft nicht nur nicht geteilt, sondern auch heftig kritisiert haben. Denn es kann keinen Zweifel daran geben, daß sich Oskar Lafontaines Konzeption deutlich von einer sozialistischen Option unterscheidet. Im Vergleich zur Fraktionsmehrheit vertritt Oskar Lafontaine jedoch eine nach links verschobene Programmatik.

Trotzdem sollten wir uns keine Illusionen über den "gottbegnadeten Demagogen" (P.v. Oertzen über Lafontaine) machen. Denn der hat seine inhaltlichen Positionen ebensowenig geändert wie seine instrumentelle Haltung gegenüber innerparteilichen Diskussionen und Parteitagsbeschlüssen. Schon in der Vergangenheit hat er sich stets sehr kritisch mit Vorschlägen und Konzeptionen, die von anderen Strömungen des linken Flügels kamen, auseinandergesetzt. Wir sollten uns schon jetzt auf die Zeiten einer zukünftigen innerpateilichen Opposition gegen den ökologisch-sozialen Liberalismus in der SPD vorbereiten.

In dieser Situation muß sich die Linke dem Theoriedefizit in der SPD stellen und den Kontakt zu den sozialen Bewegungen und insbesondere zu den Gewerkschaften ausbauen. Eine Verständigung der gewerkschaftlichen und sozialistisch ausgerichteten Kräfte ist dringend notwendig. Sie stehen gemeinsam vor der Aufgaben, ein

Projekt der demokratischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, der Veränderung von Macht- und

Verteilungsverhältnissen zu entwickeln. "Fur die Zukunft ist die SPD-Linke jedenfalls gut beraten, den engeren Schulterschluß mit der IG Metall und anderen eher als 'links' einzustufenden Gewerkschaften zu suchen - nicht nur um programmmatische Alternativen innerhalb der Partei aufzubauen, sondern auch weil sie den Bezug zu den realen Bewegungen braucht, um wirtschaftspolitisch bestehen zu konnen." (JUSO BUKO '89)

Wir JUSOS: Basis für eine sozialistische Erneuerung der Parteilinken

Wir haben uns um den frauen- und jugendorientierten Umbau unserer Organisation bemüht. Wir sollten dieses Bemühen fortsetzen. Jetzt aber verstärkt an einer modernen sozialistisch orientierten Alternative in der Wirtschaft- und Gesellschaftpolitik arbeiten. Ein erster Schritt hierzu ist es, unsere theoretischen und programmatische Defizite zu erkennen und zu beseitigen. "20 Jahre nach unserer Linkswende wollen wir als sozialistischer Jugendverband zur Basis für eine sozialistische Erneuerung der Parteilinken werden." (JUSO BUKO '89)

3.4 OFFENSIVE FÜR EINE DEMOKRATISCHERE PARTEISTRUKTUR

Der berechtigte Anspruch vieler Menschen besteht darin, das eigene Können und Wissen in effizienter Weise in die Meinungsbildung der Partei einbringen zu können und an der Willensbildung umfassen dbeteiligt zu sein. Dies erfordert eine durchschaubare Meinungsbildung in nachvollziehbaren Strukturen des Parteilebens. Die wesentichen Merkmale des herrschenden Parteityps sind jedoch: Der Vorrang des Territorialprinzips, die Fixierung auf den Staatsapparat und die parlamentarische Ausrichtung der Parteipolitik.

Das "Herz der Partei" ist eine männlich geprägte Schicht von Mandatsträgern und verbeamteten Parteifunktionären im Alter von 40 - 60 Jahren mit gesicherter beruflicher und familiärer Situation, hohem Einkommen unnd Sozialprestige." Von diesen können schlechterdings keine Impulse erwartet werden, die die Partei fazu in die Lage versetzen würde, sich diesen Ansprüchen zu öffnen. Auch die Quotierung, "der bislang wichtigste Anschlag auf diese innerparteiliche Politik- und Sozialstruktur" könnte Gefahr laufen in einer "Kooptierung" von Genossinnen im Rahmen vorgegebener Strukturen steckenzubleiben.

Die "Volksparteien" nehmen für sich in Anspruch, alle politischen Fragen stellvertretend für das Volk zu bewältigen. Diese Form der Parteipolitik wird (ebenso wie die hiermit transportierten Inhalte) zunehmend kritisiert. Die Parteien verlieren an Vertrauen und Zustimmung. Zunehmend machen sich Skepsis und Ablehnung breit.

Die Parteilinke ist angesichts dieser Situation gefordert in die Offensive für eine demokratische Parteistruktur zu gehen.

Erforderlich ist eine Neubestimmung der gesellschaftlichen rolle der Partei und eine Reform der Strukturen und Arbeitsweisen. Die Parteien müssen ihren Allzuständigkeitsanspruch in ihre Stellvertretermentalität aufgeben und sich stattdessen aktiv darum bemühen, daß möglichts viele Menschen auch außerhalf der Spd in unterschiedlichen demokratischen Formen für ihre eigenen Interesssen aktiv werden und sie durchsetzen können. Die Aufgabe der Partei bestünde dann vor allem noch darin, die Vielzahl von Einzelimpulsen zu einem geschlossenen, aufeinanderabgestimmten Konzept zusammenzufügen, dessen gesellschaftliche Perspektive nach wie vor der Sozialismus sein muß.

Wir halten deshalb folgende Veränderungen für notwendig:

* Die gruppen- und themenbezogenen Arbeitsgemeinschaften müssen gestärkt und ihre Stellung der der Ortsvereine angenähert werden. (Gruppenbezogene AGen: Jugend, Frauen, ArbeitnehmerInnen; themenbezogene AGen: Umwelt; Wirtschaft und Soziales; Frieden und Internationales) Dies soll z.B. dadurch geschehen, daß sie ein Antrags- und Personalvorschlagsrecht, die Möglichkeit zu einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit und eine verbesserte finanzielle Ausstattung erhalten.

* Es ist eine sinnvolle Projektarbeit zu entwickeln.

* Um Ämterhäufung und Machtkonzentration zu verhindern und die innerparteiliche Demokraie zu stärken ist z.B. die Wiederwählbarkeit von Abgeordneten zeitlich zu begrenzen, die Möglichkeiten der Ämterhäufung einzuschränken, die Transparenz von Vorstandssitzungen und Parteitagen zu erhöhen und eine Reform des Wahlrechts anzustreben.

4. Unser Programm: Das Reformprojekt mittlerer Reichweite

4.1. Bildung für alle verwirklichen

JedeR Jugendliche und auch jedeR Erwachsene hat einen Anspruch auf eine umfassende und qualifizierte Ausbildung, die seinen/ihren Fähigkeiten und Neigungen voll gerecht wird. Sie darf sich nicht allein an ökonomischen Bedingungen orientieren. Unser heutiges Bildungssystem, daß in seinen Fundamenten noch aus dem vorigen Jahrhundert stammt, wird diesen Anforderungen nicht gerecht.

Zwar gehen heute immer mehr Mädchen und Jungen immer länger zur Schule, absolvieren mehr als je zuvor eine Berufsausbildung oder besuchen eine Hochschule, diese positive Entwicklung ist auf die vor allem von SozialdemokratInnen durchgesetzten Bildungsreformen in den 70er Jahren zurückzuführen. Dennoch behindern auch heute noch soziale und geschlechtspezifische Schranken den Eintritt in die Bildungseinrichtungen, sowie beim Erreichen der Abschlüsse.

Das beweist ein Blick auf die Statistik: Gerade einmal zehn Prozent der ArbeiterInnenkinder besuchen das Gymnasium, nur 7,5% nehmen ein Studium auf. Besonders Mädchen werden von patriachalischen Strukturen im gesamten Bildungsbereich benachteiligt.

Auf der anderen Seite haben sich die Anforderungen an unser Bildungswesen zum Teil in starken Maße verändert. Gerade die Institution Schule muß sich heute verstärkten Anforderungen im fachlichen, pädagogischen und sozialen Bereich stellen.

Neue Technologien bestimmen nicht nur unsere Arbeitswelt, sondern auch unseren Alltag. Sie stellen somit neue Qualifikationsanforderungen an die AbsolventInnen des Ausbildungssystems. Von Seiten der Industrie wird besonders gefordert, direkt auf den Umgang mit solchen Technologien hin auszubilden. Eine sozialistische Bildungspoltik muß sich jedoch daran orientieren, daß den Menschen auch Gefahren und Gesaltungsmöglichkeiten der neuen Techniken vermittelt werden.

Der Stellenwert der Familie als Sozialisationsinstanz hat sich stark abgeschwächt. Auf die Schule kommen hier neue Aufgaben zu, denen sie endlich nachkommen muß.

Die Integration von immer mehr Aus- und ÜbersiedlerInnen mit zum großen Teil nur ungenügenden bis nicht vorhandenen Deutschkenntnissen sowie von Kindern von AusländerInnen erfordert darüberhinaus große pädagogische Anstrengungen der LehrerInnen sowie den Trägern der Bildungseinrichtungen, um einer bildungspolitischen Zweiklassengesellschaft zwischen AusländerInnen und Deutschen entgegenzuwirken.

Angesichts dieser enormen Aufgaben ist für uns eine grundlegende Reform des Bildungswesens unerläßlich. Das gegliederte Schulsystem mit Hauptschule - Realschule - Gymnasium wird den zu stellenden Anforderungen in keinster Weise gerecht. Wir Jusos halten deshalb am Ziel der Gesamtschule als alleinige Regelschule fest. Sie hat im großen und ganzen ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Nur ein integriertes Bildungssystem ist in der Lage, demokratisches und soziales Lernen zu ermöglichen und Chancengleichheit aller im Bildungsbereich zu gewährleisten.

Darüberhinaus müssen sich die Bildungseinrichtungen stärker als bisher nach außen hin öffnen, projektorientiertes, fächerübergreifendes Lernen ist breiter zu fördern. Auch eine engere Verzahnung von theoretischem und praktischem Lernen ist erforderlich. Die Verknüpfung von beruflicher Ausbildung und der Vermittlung der allgemeinen Hochschulreife, so wie sie die Kollegschule bietet halten wir für besonders sinnvoll und weiter ausbaufähig. Wir streben dabei an, die heutige Oberstufe zukünftig gänzlich als Kollegstufe zu führen.

Ansätze zur Integration Behinderter in die Regelschulen sind weiter auszubauen. Nur so kann die Ausgrenzung von behinderten Menschen im Bildungsbereich begegnet werden.

Letztlich stellt sich bei der von uns angestrebten Veränderung von Schule auch die Demokratiefrage. Für uns ist eine breite Demokratisierung von Bildungseinrichtungen unverzichtbar. Dabei sind insbesondere die Mitbestimmungsrechte der Lernenden umfassend zu verstärken.

Unser besonderes Augenmerk verdient die Förderung von Mädchen und jungen Frauen im Bildungsbereich: In fast allen Bereichen unseres Schulsystems werden Schülerinnen nach wie vor benachteiligt. Das liegt zum einen an der in unserer Gesellschaft immer noch nicht durchgesetzten Gleichberechtigung von Mann und Frau und zum anderen an Mißständen in den Schilen selbst. Zur Beseitigung dieses Zustandes ist es daher notwendig, sich

4.2 Zukunft der Arbeit und Umbau des Sozialstaats

Wirtschaftskonzentration und Wirtschaftsdemokratie

In den 80er Jahren hat der seit 1945 größte Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals eingesetzt, der zu neuen ökonomischen Machtstrukturen geführt hat. Allein in den letzten beiden Jahren hat eine Welle von Großfusionen eingesetzt. Durch diese Konzentrationsprozesse wird nicht nur der marktwirtschaftliche Wettbewerb vermindert. Viel gravierender ist die Gefahr, die sich durch die Machtkonzentration in den Händen der politisch nicht verantwortlichen Kapitaleigner ergibt. Weitreichende wirtschaftspolitische Entscheidungen werden nicht in erster Linie von dem dazu demokratisch legitimierten Parlament getroffen, sondern in den nicht demokratisch legitimierten Chefetagen der Großunternehmen und Großbanken. Die Demokratie wird regelrecht außer Kraft gesetzt.

1.)

Wirtschaftsdemokratie ist zur Einflußnahme auf Gewinnverwendung, Investitionsentscheidungen, Personal- und Standortpolitik, eine ökologisch und gesellschaftlich sinnvolle Produktion sowie auf Arbeitsbedingungen und Durchsetzung der ArbeitnehmerInnenrechte erforderlich;
auf regionaler, auf Landes- und auf Bundesebene sollen Wirtschafts- und Sozialräte Beratungs-, Begutachtungs- und Initiativrechte gegenüber den staatlichen Einrichtungen erhalten, neben VertreterInnen der Gewerkschaften und Unternehmen sollen auch Umwelt- und VerbraucherInnenverbände u.a. dort vertreten sein, wobei eine 50 %ige Beteiligung von Frauen zu gewährleisten ist, die Wirtschafts- und Sozialräte treten regional an die Stelle der Industrie- und Handelskammern und übernehmen deren bisherige Aufgaben;
die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften über die den eigenen Arbeitsbereich betreffenden Entscheidungen sind grundsätzlich zu verstärken; bei der Personalplanung, bei Einstellungen und Kündigungen müssen die Betriebs- und Personalräte sowie die Frauenbeauftragten mehr Mitbestimmungsrechte unter anderem bei der Planung und Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsorganisation, der Qualifizierungsmöglichkeiten und allen Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes erhalten;
für alle Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und einer Bilanzsumme von mindestens 75 Mio. DM oder einem Jahresumsatz von 150 Mio. DM und für Unternehmen

in den Schlüsselbranchen Metallindustrie, Chemie, Banken und Versicherungen ist ein wirklich paritätisches Mitbestimmungsmodell einzuführen, bei dem ein Frauenanteil von 50 % zu gewährleisten ist.

2.)

Marktmacht soll durch konsequente Fusionskontrollen, Mißbrauchsaufsicht bei marktbeherrschenden Unternehmen, Entflechtung und kartellrechtliche Verhaltenskontrollen von marktbeherrschenden Unternehmen einschließlich Preiskontrollen etc. verhindert werden.

3.)

Um die ökologische und soziale Erneuerung der Volkswirtschaft voranzutreiben und um demokratische Entscheidungen gegen vielfache Widerstände durchzusetzen, müssen öffentliche Unternehmen auf den entscheidenden Investitionsfeldern vertreten sein. Dazu wollen wir den öffentlich-rechtlichen Kreditsektor und staatliche Industriebeteiligungen gezielt einsetzen und ausgewählte strukturbestimmende Unternehmen in Gemeineigentum überführen.

4.)

Neben der Ausweitung öffentlicher Unternehmen und der besonderen Förderung des Ausbaus gemeinwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Unternehmen ist auch deren sozialstaatlicher, ökologischer und demokratischer Umbau zu betreiben, um dem rein profitorientierten Wirtschaften privatkapitalistischer Unternehmen eine sozialere, demokratischere und ökologischere Alternative entgegensetzen zu können; in diesem Sinne sind auch erwerbswirtschaftliche Beschäftigungsinitiativen und selbstverwaltete Betriebe zu fördern.

5.)

Investitionslenkung soll durch Investitionskontrollen, stärkere Besteuerung nicht investierter Gewinne, EG-weite Besteuerung der Zinseinkommen (Quellensteuer) mit hohen Freibeträgen und Kontrollmeldungen der Banken an die Finanzämter, Technologiefolgenabschätzung und Umweltverträglichkeitsprüfungen erfolgen. Großunternehmen, Banken und Versicherungen müssen zur Offenlegung ihrer Unternehmensplanungen, Anlage- und Investitionspolitik gegenüber den Wirtschafts- und Sozialräten verpflichtet werden. Desweiteren ist ein nationaler Entwicklungsplan mit verbindlicher Steuerung der öffentlichen Ausgaben und mit indirekter Steuerung der privaten Investitionen zu erstellen.

Einkommensentwicklung und Konjunktur

Einerseits sinkt der Anteil des Einkommens der Lohnabhängigen am Volkseinkommen (Lohnquote) und hat mittlerweile seinen niedrigsten Stand seit Ende der 60er Jahre erreicht, andererseits ist ein konstanter Anstieg beim Einkommen der Selbständigen zu verzeichnen. Da aber der prozentuale Anteil der Nachfrage nach Konsumgütern am Lohn höher ist als ihr prozentualer Anteil am Gewinneinkommen, sinkt auch der Anteil der Konsumausgaben am Volkseinkommen. Eine sinkende Lohnquote dämpft den Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, allerdings nicht nur im Bereich der Konsumgüter. Gleichzeitig werden auch die von der Konsumgüternachfrage abhängigen Investitionen eingeschränkt, was wiederum eine höhere Arbeitslosenquote und daraus resultierend eine weitere Verringerung der Komsumgüternachfrage zur Folge hat. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird jedoch durch die hohen Außenhandelsüberschüsse stabilisiert. Dies hat die zunehmende Auslastung der Kapazitäten abgesichert und seit 1988 stark steigende Erweiterungsinvestitionen ausgelöst.

1.)

Um konjunkturelle Schwankungen zu mindern, ist eine staatliche Stabilisierungspolitik mit einer staatlichen vorausschauenden Strukturgestaltung (ökologischer Umbau, Vermehrung des Angebotes an öffentlichen Gütern bzw. Ausbau des öffentlichen Sektors und Ausgleich des regionalen Wirtschaftsgefälles) erforderlich. Eine expansive Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden durch beschäftigungswirksame Ausgabenprogramme bzw. großangelegte Beschäftigungs- und Zukunftsinvestitionsprogramme für den ökologischen Umbau, für Bildung und Ausbildung und soziale Dienste ist erforderlich, die Finanzierung der Programme sollte langfristig durch Steuern und Abgaben (besonders für höhere Einkommensschichten) gesichert werden. Ziel des Wirtschaftens insgesamt muß die Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung und der Umweltqualität sein, deshalb ist ein selektives Wirtschaftswachstum in umweltverträglichen Sektoren, insbesondere im Dienstleistungssektor zu fordern.

2.)

Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit ist staatliche Einkommensumverteilung notwendig, um einerseits Marktergebnisse zu korrigieren und andererseits Marktteilnahme der Nicht-Erwerbstätigen und sozial Schwachen überhaupt erst zu ermöglichen. Für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Frauen müssen Einkommensnachteile durch eine systematische Anti-Diskriminierungspolitik abgebaut werden. Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen. Eine gerechtere Einkommensverteilung soll vor allem durch eine Anhebung des Spitzensatzes als auch durch eine höhere Progression der Einkommen- und Körperschaftssteuer erreicht werden, der Grundfreibetrag bei der Lohn- und Einkommensteuer soll deutlich erhöht werden. Die Besteuerungsbasis der Gewerbesteuer soll durch Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen (z.B. FreiberuflerInnen) und der Bemessungsgrundlage gestärkt werden. Veräußerungserlöse aus dem Verkauf von Unternehmen sollten ebenfalls versteuert werden. Grundsätzlich soll eine korrekte Erfassung und Besteuerung aller Einkommensarten durchgesetzt und die Besteuerung großer Vermögen erhöht werden. Außerdem sind die Beitragsbemessungsgrenzen bei der Sozialversicherung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, aufzuheben.

Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung

Die sozialen Probleme, die seit Mitte der 70er Jahre infolge der Massenarbeitslosigkeit bestehen, sind auch heute - trotz des weiter anhaltenden Wirtschaftswachstums - noch nicht beseitigt. Massenarbeitslosigkeit oberhalb der Zwei-Millionen-Grenze, eine nach wie vor hohe und steigende Armut, Wohnungsnot, Pflegenotstand usw. kennzeichnen die soziale Problematik. Trotz eines zusätzlichen An-gebotes an Arbeitsplätzen (345.000) waren das beschäftigungsrelevante Wachstum und die Arbeitszeitverkürzung zu gering, um das Angebot an Arbeitsplätzen auch angesichts des zuwanderungsbedingten Anstiegs des Erwerbspersonenpotentials (Aus- und ÜbersiedlerInnen) ausreichend zu erhöhen.

Die Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche und der Kampf um ihre Durchsetzung war das beherrschende Thema der gewerkschaftlichen Tarifpolitik der achtziger Jahre. Die Arbeitszeitverkürzungen seit 1985 sind für mehr als die Hälfte des Beschäftigungswachstums der letzten Jahre verantwortlich. Die bundesdeutsche Wettbewerbsfähigkeit hat entgegen der Prophezeiungen der Arbeitgeber durch die Arbeitszeitverkürzung nicht gelitten, sondern konnte sogar ausgebaut werden.

Es ist allerdings in Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung zu einer erheblichen Ausdehnung von Arbeitszeitflexibilitätsformen gekommen, die eindeutig im Interesse der Arbeitgeber liegen (in der Flexibilität der Arbeitszeit liegt die BRD europaweit an der Spitze). Den Gewerkschaften ist es zum Teil jedoch gelungen, tarifvertraglich Mehrarbeit zu begrenzen, Vereinbarungen zur Gleitzeit abzuschließen, geringfügige Teilzeitarbeit einzuschränken und Elternurlaub tarifvertraglich zu verankern. Die Arbeitgeber konnten in der Tarifrunde 1990 ihr Hauptziel, die Beseitigung der tarifvertraglichen Einschränkungen von Samstags- und auch Sonntagsarbeit, nicht durchsetzen.

Im Jahresdurchschnitt 1989 lag die Arbeitslosigkeit bei 2.037.800 bzw. 7,9 %. Unberücksichtigt sind dabei die durch statistische "Bereinigungen" nicht mehr erfaßten Arbeitslosen. Die Dauer der Arbeitslosigkeit bleib mit 13,6 Monaten unverändert auf ihrem bisherigen Höchststand. Entgegen den arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen, die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen und die sich weiter verschärfenden regionalen Arbeitsmarktungleichgewichte zu bekämpfen, nahm die Bundesregierung mit der 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes Kürzungen in Kernbereichen der Arbeitsmarktpolitik vor. Die Höhe des Arbeitslosengeldes betrug 1989 1.095,-DM monatlich, die Höhe der Arbeitslosenhilfe 870,-DM. Ein Drittel aller Arbeitslosen erhält keinerlei Arbeitslosenunterstützung, sondern lediglich Sozialhilfe. Die Selektionsprozesse des Arbeitsmarktes verfestigen den Bestand an Langzeitarbeitslosen; sie geraten zunehmend in Konkurrenz zu ÜbersiedlerInnen aus der DDR.

1.)

Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen, besonders für Frauen, soll vor allem durch schnellstmögliche Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden und dann weitere Verkürzungen auf 30 Stunden pro Woche mit dem 6-Stunden-Tag als Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich erreicht werden. Arbeitszeitverkürzung ist allerdings nicht nur Aufgabe der Tarifpolitik, sondern muß auch politisch unterstützt und gefordert werden.

Normalarbeitsverhältnis, Frauenerwerbsarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Der Anteil der Industriearbeit geht weiter zurück, der Dienstleistungssektor, besonders der öffentliche Dienst, tritt in den Vordergrund. Von den sektoralen

Verschiebungen zugunsten des Dienstleistungssektors profitieren vor allem die Frauen, obwohl ihre Arbeitslosigkeit nach wie vor höher ist als die der Männer. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg seit 1983 insgesamt um über eine Million an, doch relativiert sich dieser Beschäftigungszuwachs, wenn dabei die Qualität der Arbeitsplätze berücksichtigt wird. Bei einem Drittel handelt es sich um Teilzeitarbeitsplätze, die wiederum zu zwei Dritteln von Frauen, größtenteils in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen eingenommen werden. Die Instrumente des sog. "Beschäftigungsförderungsgesetzes" (Ausweitung der Befristung von Arbeitsverhältnissen, von Leiharbeit u.a.) haben sich als arbeitsmarktuntauglich erwiesen, weil mit der Anzahl zusätzlich abgeschlossener Arbeitsverträge im gleichen Umfang unbefristete Arbeitsverhältnisse in befristete umgewandelt wurden, Überstunden gerade nicht abgebaut wurden und die Leiharbeit zunahm. Besonders benachteiligt wurden dadurch die befristet Teilzeitbeschäftigten, von denen 90 % Frauen sind. Der Anteil der Frauenerwerbstätigkeit ist seit 1955 (von 45 %) um nur 3 % (auf 48 %) gestiegen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Teilzeitarbeit haben zugenommen, über 95 % der Teilzeitarbeitsplätze sind Frauenarbeitsplätze.

Die Teilnahme am Erwerbsarbeitsprozeß ist nach wie vor entscheidend für die Lebensgestaltung. Das Normalarbeitsverhältnis ist ein Vollzeitarbeitsverhältnis, das als Grundlage für ein existenzsicherndes Einkommen fungiert. Zugleich stellt es die soziale und rechtliche Grundlage dar, auf der am günstigsten für mehr Lohn und arbeitsfreie Zeit gekämpft werden kann, da es sich um ein tarifrechtlich und gesetzlich gesichertes Arbeitsverhältnis handelt, das gewerkschaftliches Engagement bis hin zum Arbeitskampf auf eine stabile Basis stellt. Außerdem ermöglicht das Normalarbeitsverhältnis eine einigermaßen gesicherte längerfristige Lebensplanung. Es bedarf allerdings einer Neudefinition des Normalarbeitsverhältnisses in dem Sinne, daß die gleichberechtigte Aufteilung der traditionell den Frauen zugeschriebenen unbezahlten Reproduktionsarbeit die Rahmenbedingungen für künftige Normalarbeitsverhältnisse darstellen. Nach den kapitalistischen Effizienzkriterien im Produktionsprozeß erfolgt der Einsatz von Arbeitskräften ohne Rücksicht auf die normalen Anforderungen im Reproduktionsbereich. Die Reproduktionsbedingungen wie die Versorgung der Kinder und andere Familienpflichten werden als Beeinträchtigung eines durchrationalisierten und profitorientierten Arbeitsprozesses angesehen. Sie werden daher ausgegrenzt, zum privaten Problem erklärt und den Frauen zugeschoben, während die Männer für eine ganztägige und lebenslange Erwerbsarbeit bereitstehen. Frauen dagegen bleibt nur die zeitlich beschränkte und unterbrochene Berufsarbeit; für sie sind Teilzeitarbeit, Berufsunterbrechung, Karrierebeschränkung die Norm. Die Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit bewegt sich vor dem Hintergrund einer der männlichen Arbeitsnorm angepaßten Arbeitswelt und eines sozialpolitisch abgestützen Lebensmodells, das die Familienabhängigkeit der Frauen festschreibt (z.B. durch Ehegattensplitting, Mitversicherung nichterwerbstätiger Ehefrauen u.a.). Frauen wurden und werden bislang aus diesem Normalarbeitsverhältnis herausgedrängt und praktisch gezwungen, prekäre und nicht normale Beschäftigungsverhältnisse einzugehen. Die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse betrifft allerdings nicht nur Frauen, sondern dringt im Zuge einer offensiven Kapitalstrategie mehr und mehr auch in "männliche Arbeitsbereiche" vor.

1.)

Die tarifliche Arbeitszeitverkürzung muß durch ein ganzes Bündel arbeitszeitpolitischer und arbeitsrechtlicher Maßnahmen ergänzt werden, um die Möglichkeiten zur Steigerung des Beschäftigtenniveaus auszuschöpfen. Dazu gehört, daß die Mehrarbeit (Überstunden) strikt eingegrenzt und in der Regel durch überproportionalen Freizeitausgleich abgegolten wird. Schichtarbeit und Nachtarbeit müssen aus gesundheitlichen und sozialen Gründen auf das notwendige Mindestmaß beschränkt werden. Das erwerbsarbeitsfreie Wochenende muß für möglichst viele Menschen erreicht bzw. gesichert werden. Teilzeitarbeit muß prinzipiell sozial- und tarifrechtlich voll abgesichert werden, die Geringfügigkeitsgrenze ist aufzuheben und die Sozialversicherungsschwelle zu senken. Jobsharing, Arbeit auf Abruf (KapovAz), Leiharbeit und Heimarbeit müssen verboten werden. An den Interessen der Beschäftigten ausgerichtete Gleitzeitsysteme müssen ausgeweitet werden. Das "Beschäftigungsförderungsgesetz" muß abgeschafft und die Befristung von Arbeitsverhältnissen auf klar definierte Ausnahmefälle beschränkt werden. Die Verschlechterungen im Jugendarbeitsschutzgesetz sind zurückzunehmen. Ein Mindesturlaub von 4 Wochen für Erwachsene und 6 Wochen für jugendliche ArbeitnehmerInnen und der Anspruch auf einen zweiwöchigen bezahlten Bildungsurlaub für die allgemeine oder berufliche Bildung ist zu gewährleisten.

2.)

Die Neugestaltung der Normalarbeitsverhältnisse auf der Grundlage der realen Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Frauen und Männern ist erforderlich. In diesem Zu-

sammenhang sind ein Rechtsanspruch auf einen dreijährigen, zwischen beiden Eltern (zu höchstens 50 % durch die Frauen und mindestens 50 % durch die Männer abzuleistenden) zu teilenden Elternurlaub und zusätzliche Arbeitszeitverkürzung für beide Eltern jeweils bei voller Arbeitsplatzgarantie und hinreichenden Lohnersatzleistungen einzuführen. Spielräume für die bezahlte vorübergehende Freistellung von der Arbeit aus bestimmten privaten Gründen, z.B. wegen Krankheit der Kinder, oder auch politischen, gesellschaftlichen u.a. Gründen müssen ausgeweitet werden.

3.)

Die Lohndiskriminierung von Frauen muß beseitigt werden, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit endlich durchgesetzt werden. Das bedeutet auch, daß die Löhne in den überwiegend sehr schlecht bezahlten "Frauenberufen" erheblich angehoben werden müssen; ein umfassendes Frauengleichstellungs- bzw. Antidiskriminierungsgesetz mit wirksamen Regelungen gegen die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben, aber auch in den anderen Lebensbereichen, muß geschaffen werden. Eine (mindestens) 50 %ige Quotierung der Ausbildungsplätze für Frauen ist anzustreben, insbesondere in qualifizierten und gewerblich-technischen Berufen. Ebenfalls bei der Übernahme von Auszubildenden und bei Neueinstellungen sind Quotenregelungen einzuführen sowie bei Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen und beim beruflichen Aufstieg. Es sind besondere Hilfen zur Wiedereingliederung von Frauen (und auch Männern) nach der Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung nötig; diese Vorgaben sind in betrieblichen Frauenförderplänen zusammenzufassen und von Frauenbeauftragten in ihrer Umsetzung zu kontrollieren und voranzutreiben, wobei öffentlicher Dienst und öffentlich kontrollierte Unternehmen hier eine Vorbildfunktion übernehmen müssen.

ArbeitnehmerInnenrechte

Der Abbau sozialstaatlicher Leistungen seit Anfang der 80er Jahre findet seine Entsprechung und Ergänzung im Abbau individual- und kollektivrechtlicher ArbeitnehmerInnenschutzrechte unter Ausnutzung der Massenarbeitslosigkeit. Die Änderung des §116 AFG war der bislang umfassendste Angriff auf die gewerkschaftliche Streik- und damit Kampfkraft in der Geschichte der BRD. Indem bei durch Arbeitskämpfe mittelbar betroffenen ArbeitnehmerInnen die materielle Existenzgrundlage entzogen wird, sollen die Fernwirkungen eines Arbeitskampfes für

die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften unkalkulierbar werden.

1.)

Wir fordern die Sicherung des Streikrechts und insbesondere die Revidierung des §116 AFG und das Verbot der Aussperrung.

Umbau des Sozialstaats

Unsere Gesellschaft setzt sich in der Mehrheit aus Menschen zusammen, die in zwar existenzsichernden, aber relativ bescheidenen Einkommensverhältnissen leben, die die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gewerkschaftlichen Kämpfen verdanken und auf sozialstaatliche Transfers angewiesen sind. Diese Gesellschaft ist nach Michael Wendl eine "halbierte 4/4-Gesellschaft", 1/4 sind Nutznießer, 1/4 sind Aufsteiger, 1/4 sind vom Abstieg bedroht und 1/4 sind die Verlierer.

Der Sozialstaat beruht auf der Umverteilung der Einkommen der Erwerbstätigen und der Profite der Unternehmen, 1. an die Nicht-Erwerbstätigen, 2., um Einkommensungleichheiten auszugleichen. ArbeiterInnen und Angestellte tragen die Hauptlast bei der Finanzierung des Sozialstaates. Von den Transferleistungen kommen ca. 70 % den Nicht-Erwerbstätigen zu (Kranken, RentnerInnen, u.a.). Durch die Schaffung selbständiger Einkommen, z.B. Rente, und deren institutionelle und rechtliche Absicherung soll auch nicht erwerbstätigen Menschen eine eigenständige Lebensgestaltung ermöglicht werden. Das Lebensniveau bzw. Einkommensniveau ist aber in der Praxis geprägt von der sozialen Stellung im System der Erwerbsarbeit, mit Folge von Altersarmut insbesondere von Frauen und in ArbeiterInnenhaushalten. Die Klassengesellschaft wird im Sozialstaat reproduziert. Die Transferleistungen führen nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit, sondern verstärken eher die soziale Ungleichheit. Der Grund dafür besteht darin, daß das sozialstaatliche System die StaatsbürgerInnen in der Gewährung von Transfers und Dienstleistungen als "Gleiche" unterstellt, obwohl die Lebens- und Arbeitsbedingungen strukturell sehr ungleich sind. Nach dem Äquivalenzprinzip soll das gleiche Recht für alle auf "Leistung" aufbauen; wenn daher z.B. im Reproduktionsbereich tätige Frauen nach den Regeln des Rentenrechts nichts und ArbeiterInnen an ihrem Einkommen gemessen nur wenig "geleistet" haben, dann bekommen die einen gar keine und die anderen nur eine Hungerrente. Das

gleiche Recht beinhaltet, daß zwar ein Millionär Kindergeld bekommen kann, aber der Bezug von Kindergeld und Sozialhilfe sich gegenseitig ausschließen, d.h. es wird nur eines von beiden gewährt. Sowohl bei den Sozialeinkommen als auch bei den Dienstleistungen werden die Unterschiede im Einkommen noch verstärkt. Obwohl z.B. die Bildungsreform Anfang der 70er Jahre zweifellos auch ArbeiterInnenkindern eine größere Chance zum Besuch weiterführender Schulen gegeben hat, kann von Chancengleichheit und gleicher Nutzung der Bildungseinrichtungen keine Rede sein; die Ausbildungskosten von Kindern von Beamten oder Selbständigen liegen im Durchschnitt doppelt so hoch wie die der ArbeiterInnenkinder. Das gleiche läßt sich für die Inanspruchnahme des Gesundheitswesens nachweisen; auch hier partizipieren die sog. Besserverdienenden überdurchschnittlich und die Mehrheit der Bevölkerung unterdurchschnittlich vom sozialstaatlichen Dienstleistungsangebot. Auch bei der Subventionspolitik zeigt sich, daß nicht unbedingt die Schutzbedürftigen bevorzugt berücksichtigt werden; der Eigenheimbau wurde bisher stärker subventioniert als der soziale Wohnungsbau. Die Anhäufung sozialer Ungleichheiten im bestehenden Sozialstaat wird dadurch verschärft, daß die Inanspruchnahme einer Reihe von Sozialleistungen gerade bei den unteren EinkommensbezieherInnen an entwürdigende Bedürftigkeitsüberprüfungen (Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Wohngeld und sonstige Zuschüsse) gebunden ist. Hierdurch wird nicht nur der Verwaltungsapparat enorm aufgebläht; vielmehr empfinden sich die Leistungsberechtigten kaum als selbstbewußte Subjekte, die die ihnen rechtlich zustehenden Leistungen in Anspruch nehmen, sondern als unselbständige und einer unpersönlichen Bürokratie ausgelieferte BittstellerInnen.

Insgesamt sind in der BRD derzeit ca. 3,1 Mio. Menschen auf Sozialhilfe angewiesen. Diese Zahl gibt jedoch das wirkliche Ausmaß der Armut nicht wieder, denn nur etwa 70 % der Anspruchsberechtigten beantragen Sozialhilfe. Die restlichen 30 % (das sind über 1 Mio. Menschen) machen ihre Ansprüche aus Scham, Unkenntnis, wegen schlechter Erfahrungen mit Behörden und vor allem aus Sorge, die Familienangehörigen könnten zum Kostenersatz herangezogen werden, nicht geltend. Bei einem Drittel aller SozialhilfeempfängerInnen ist Arbeitslosigkeit der Hauptgrund der Hilfegewährung. In der BRD leben etwa 2,1 Mio. überwiegend ältere Pflegebedürftige. Davon werden 90 % der Pflegeleistung in privater Regie übernommen. Die Hauptlast dieser Pflegeleistung entfällt wie die Familien- bzw. Reproduktionsarbeit insgesamt auf die Frauen.

1.)

Die vordringliche sozialpolitische Aufgabe ist die Schaffung einer sozialen Grundsicherung für alle alten, erwerbsunfähigen und arbeitslosen Menschen sowie als elternunabhängige Ausbildungsförderung für Jugendliche. Durch diese Grundsicherung muß eine menschenwürdige Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen gesichert werden.

2.)

Eine Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit, vor allem der Kindererziehung und der Pflege von Familienangehörigen usw. durch Ausbau des Sozialstaats ist notwendig. Die öffentliche soziale Dienstleistungsinfrastruktur muß vor allem dahingehend ausgebaut werden, daß für alle Kinder jeden Alters ein Rechtsanspruch auf wohnortnahe öffentliche Betreuung und Erziehung gewährleistet werden kann (Krippen, Horte, Tagesstätten, Kindergärten, Ganztagsschulen), diese Einrichtungen müssen hinreichend personell und sachlich ausgestattet sein und mit Rücksicht auf erwerbstätige Eltern entsprechend lange Öffnungszeiten aufweisen. Aber auch öffentliche Einrichtungen und ambulante Angebote zur Betreuung und Pflege kranker und alter Menschen sind qualitativ und quantitativ auszubauen, der Pflegenotstand in Krankenhäusern und Pflegeheimen muß durch die Anstellung von mehr Personal auf der Grundlage einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und finanziellen Aufwertung der Pflegeberufe angegangen werden. Außerdem sind staatliche Beschäftigungsprogramme, die gezielt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen gerichtet sind, und staatliche Qualifikationsmaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Qualifizierungsbedarfe von Frauen und Jugendlichen auszubauen.

3.)

Solange das Recht auf Arbeit noch nicht grundsätzlich für alle verwirklicht ist, müssen zumindest die Jugendlichen eine Garantie auf eine qualifizierte Ausbildung und einen entsprechenden Arbeitsplatz erhalten. Bund, Länder und Kommunen sollen Arbeitsplätze für die Eingliederung Jugendlicher und Langzeitarbeitsloser unter Berücksichtigung eines Frauenanteils von mindestens 50 % bereitstellen. Die örtlichen Arbeitsämter sollen in Zusammenarbeit mit Arbeitsloseninitiativen, Kommunen und Gewerkschaften die Vermittlung in ausbildungsadäquate Tätigkeiten unter Berücksichtigung der Qualifikationswünsche der Betroffenen vorbereiten. Die bislang geltenden Zumutbarkeitsregelungen dürfen nicht länger

gelten, da sie häufig mit beruflichem Abstieg einhergehen, die Eingliederung ist von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen zu begleiten, die Kosten sind vom Bund zu tragen. Zusätzlich sind die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter Beteiligung von mindestens 50 % Frauen und besonders für Jugendliche bei konsequenter Einhaltung der Zusätzlichkeitsbedingung und unter Gewährleistung eines begleitenden Qualifizierungsangebots auszubauen, ihre Laufzeit ist auf fünf Jahre zu verlängern, um hierdurch die Eingliederungschancen von Arbeitslosen zu verbessern. Für alle arbeitslosen Frauen und Männer muß ein Rechtsanspruch auf Fortbildung und Umschulung gelten.

4.)

Desweiteren sind Auflagen hinsichtlich qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche und besonders für Frauen im Rahmen der Wirtschafts- und Technologieförderung sowie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu schaffen. Wir fordern nach wie vor die Ausbildungsumlagenfinanzierung, wonach Privatunternehmen, die nicht in ausreichendem Maße Mädchen und Jungen gleichberechtigt in qualifizierten Ausbildungsberufen ausbilden, über eine entsprechende Abgabe außerbetriebliche Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote mitfinanzieren.

5.)

Zur Finanzierung der Renten ist eine Wertschöpfungsabgabe der Arbeitgeber einzuführen, wobei maschinenintensive gegenüber lohnintensiven Unternehmen stärker belastet werden. Die Systeme der sozialen Sicherung müssen so umgestaltet werden, daß Frauen eine eigenständige Sicherung zuteil wird.

6.)

Die Politik ist auch gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, daß die Befriedigung des menschlichen Grundbedürfnisses auf (bezahlbaren) Wohnraum für alle möglich ist. Zur aktuellen Beseitigung der Wohnungsnot ist eine Politik zu fordern, die vorrangig an der mengenmäßigen Ausweitung des mietpreisgünstigen Wohnungsbestandes ansetzt, unter anderem ist die Auflage eines großen Wohnungsbauprogramms, das den Bau von jährlich bundesweit mindestens 400.000 und in NRW über 100.000 Wohnungen gewährleistet, vorzunehmen. Zu berücksichtigen sind insbesondere ökologische Gesichtspunkte und neue Ansprüche an das Wohnen (besonders von Kindern, Jugendlichen und

Frauen, aber auch behinderten und alten Menschen). Der MieterInnenschutz ist auszubauen.

7.)

Mehr BürgerInnennähe soll durch systematische Dezentralisierung bzw. Kommunalisierung öffentlicher Aufgabenerfüllung erreicht werden und mehr Beteiligung der BürgerInnen an den Verwaltungsentscheidungen durch mehr Demokratie in den öffentlichen Verwaltungen, über mehr Kontrolle durch Parlamente, externe Institutionen wie Rechnungsprüfungshöfe, GutachterInnen, Beiräte, Beschwerdeinstanzen, BürgerInneninitiativen u.a. Grundsätzlich ist ein verändertes Verwaltungshandeln staatlicher Institutionen erforderlich, das vom traditionellen routinemäßigen bürokratischen Handeln des Obrigkeitsstaates hinwegführt und stärker auf BürgerInnennähe durch bewußte Einbeziehung der BürgerInnen in alle sie betreffenden Verwaltungsentscheidungen setzt.

4.3 ÖKOLOGISCH UMBAUEN, IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

1.)

Der heutige Typ der Produktivkraftentwicklung beruht auf Massenfertigung und auf Massenkonsum. Dieser sog. Fordismus untergräbt durch
- die Vergeudung natürlicher Rohstoffe,
- die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft,
- rein quantitatives Wachstum,
- den Einsatz und die Anwendung neuer Techniken und Technologien allein aus Profitgründen,
- kapitalbestimmte Strategien der Modernisierung und Rationalisierung und
- dadurch, daß technische Entwicklungen allzu oft nur Abfallprodukt einer Aufrüstung mit immer gefährlicheren Waffen waren,

die Bedingungen eines humanen, demokratischen und sozialen Fortschritts.

Die ökologische Zeitbombe tickt ! Boden, Wasser und Luft, Flora und Fauna, der Mensch selbst - sie alle sind derartig belastet, daß langanhaltende gesellschaftliche Anstrengunen zur Sanierung und Entgiftung erforderlich sind.

2.)

Wenn wir überhaupt noch die Gelegenheit haben wollen, einen grundlegend anderen Typ der Produktivkraftentwicklung durchzusetzen, dann müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein:
- die natürlichen Lebensbedingungen müssen erhalten und erneuert und
- der Frieden muß gesichert werden.

Denn jeder gesellschaftlichen Fortschritt hat den Fortbestand der Gattung Mensch zur Voraussetzung.

3.)

Wir stehen deshalb vor der Herausforderung den Aufbau einer ökologischen Kreislaufwirtschaft und eine naturverträgliche Produktionsweise durchzusetzen.

Um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können, muß
- die Investitionsquote wieder angehoben werden,
- die Erwerbslosigkeit abgebaut werden und
- die Frauenerwerbsquote erhöht werden.

Dies ist möglich und nötig, was sich darin zeigt, daß riesige Potentiale an Kapital und Arbeitskräften brach liegen oder verschwendet werden, obwohl es riesige Investitionsbedarfe gibt: Erhaltungs- und Erneuerungsbedarf in 'klassischen' Infrastrukturbereichen, darüber hinaus neue bzw. zusätzliche Bedarfe. Unser Ziel ist es deshalb, die brachliegenden und fehlgelenkten Potentiale ökologisch und sozial sinnvoll zu nutzen.

Die wichtigsten Handlungsfelder sind:
- Energie,
- Verkehr und
- Abfall.

4.)

"Da wir die volkswirtschaftliche Verschwendung von Ressourcen (z.B. in der Rüstungs-, der Chemie-, der Pharmazie-, der Verpackungs- und anderen Industrien) bekämpfen wollen, müssen bestimmte Wirtschaftsbereiche schrumpfen und Ressourcen auf sinnvollere Innovationsfeldern umgelenkt werden. An die Stelle des naturwüchsig-kapitalistischen Aufstiegs und Niedegangs mit seinen Reibungsverlusten tritt der politisch gesteuerte Innovationszyklus. Dies erfordert ein mehr an strategischer Investitionslenkung in den Kern-bereichen der

Volkswirtschaft." (aus: "53 Thesen" des Projekt Moderner Sozialismus)

Für uns steht fest, daß dies nur dann zu erreichen ist, wenn der industrielle Umbau mit einem umfangreichen Zukunftsinvestitionsprogramm verbunden wird!

Die hierzu notwendigen Instrumente sind
- eine konsequent betriebene öffentliche Regional- und Strukturpolitik,
- öffentliche Unternehmen, die eine Vorbildfunktion hinsichtlich der ArbeitnehmerInnenrechte und des Umweltschutzes wahrnehmen,
- aus Gewinnrückstellungen gespeiste Investitionsfonds, die paritätisch verwaltet werden,
- Wirtschafts- und Sozialräte auf regionaler und sektoraler Ebene, die drittelparitätisch (Arbeit, Kapital und Staat) besetzt sind, Umweltschutz- und VerbraucherInnenverbände hinzuziehen und
  * Unternehmensplanungen relevanter Größenordnung erörtern,
  * Entwicklungspläne aufstellen,
  * Hearings veranstalten,
  * Gesetzesvorschläge erarbeiten und in die Parlamente einbringen und
  * ein intensives Beratungsrecht gegenüber den Unternehmen wahrnehmen,
- die Vergesellschaftung ausgewählter Unternehmen.

"Zukunftsinvestitionsprogramme sind das ökonomische Kernstück einer demokratischen Modernisierung. Dazu ist es notwendig, aus der sinnlosen 'Markt-Staat-Debatte' auszubrechen und ein flexibles Modell der Investitionslenkung vorzuschlagen, das gesellschaftliche Einrichtungen (Investitionsfonds, Wirtschaftsräte) bevorzugt und den Staat auf eine Pionierrolle bei den zentralen Zukunftsaufgaben orientiert." (Uwe Kremer)

Das von uns geforderte Zukunftsinvestitionsprogramm betrachten wir als Voraussetzung ökologischen Verhaltens der VerbraucherInnen. Umweltfreundliches Verhalten der Einzelnen muß für alle bezahlbar sein und setzt das Vorhandensein von Alternativen voraus. Da Zuschüsse an Privatunternehmen Gefahr laufen bloße Mitnahmeeffekte zu erzielen hat ein solches Zukunftsinvestitionsprogramm in erster Linie im öffentlichen Sektor stattzufinden und diesen zu erweitern. Wir schlagen vor, dieses Programm vorrangig bei den Kommunen zu plazieren. Im Privatsektor muß Umweltschutz vorwiegend durch Ge- und Verbote und stärkere Kontrollen erfolgen. Bei disem Programm handelt es sich um den besonders massiven Auftakt eines langfristig angelegten Stabilisierungs- und

Interventionsprogrammes, das auf die Herstellung einer dauerhaft hohen Beschäftigung sowie einer ökologisch und sozial sinnvollen Umstrukturierung der Wirtschaft abzielt.

Die Finanzierung erfolgt:
1.) über die zu erwartenden Entlastungswirkungen (eingesparte fiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit; Entlastung der Gebietskörperschaften und der Bundesanstalt für Arbeit),
2.) durch die Mobilisierung zusätzlicher Steuereinnahmen (Erhöhung der Steuereinnahmen durch Intensivierung des Kampfes gegen die Wirtschaftskriminalität, Abbau bestimmter Steuersubventionen, gezielte Steuererhöhungen für Besserverdienende, Erhöhung der Mineralölsteuer) und
3.) über die, durch eine massive Abrüstung freigesetzten Finanzmittel.

Darüberhinaus ist dieses Programm gesamtwirtschaftlich ausserordentlich 'produktiv', weil es Umweltschäden beseitigt bzw. im Voraus verhindert -diese machen jährlich 3-5 % des Bruttosozialprodukts aus-, durch Gesundheitsvorsorge und Arbeitsschutz Kosten des Gesundheitswesens einsparen hilft und über Energieeinsparungen die laufenden Kosten von Unternehmen und privaten Haushalten senkt.

Die konservative Kritik, Beschäftigungsprogramme würden nur kurzfristige 'Strohfeuer' entfachen, weisen wir zurück. Eine kritische Prüfung der Erfahrungen mit den konjunkturpolitischen Initiativen der Jahre 1974 bis 1981 zeigt, "daß selbst die kurzfristigen, konjunkturellen, öffentlichen Investitionsprogramme ... die jeweilige Beschäftigungslage verbessert und damit zur Dämpfung der Arbeitslosenzahlen beigetragen (haben). (...) Die Behauptung von der Ineffizienz aktiver Beschäftigungspolitik blendet diese Erfahrungen absichtlich oder aus unverantwortlicher Unwissenheit aus." (Rudolf Hickel, Jan Priewe)

4.4 Gemeinsames europäisches Haus und internationale Kooperation

4.4.1 Gemeinsames europäisches Haus

Mit den Veränderungen in Osteuropa haben wir jetzt die Möglichkeit, Europa neu zu gestalten. Dieses neue Europa muß jedoch frei sein von jeglichen Überresten des

kalten Krieges und stattdessen konsequent zur Entmilitarisierung Europas übergehen. Globale Probleme, allen voran die ökologischen Probleme können und müssen jetzt gemeinsam in ganz Europa angegangen werden.

Derzeit gibt es in Europa zwei Prozesse, die die Zusammenarbeit der europäischen Länder entscheidend beeinflussen. Es sind dies die EG-Integration (Binnenmarkt 1993) und der KSZE-Prozeß.

EG-Integration

Zum 01.101.1993 soll der (west-)europäische Binnenmarkt verwirklicht sein. Danach soll es im Bereich der EG keinerlei Handels- und Zollbeschränkungen mehr geben. Die BürgerInnen der einzelnen Mitgliedsländer sollen ihren Lebens- und Arbeitsplatz innerhalb der EG frei wählen dürfen.

Die notwendigen Angleichungen beschränken sich bisher auf die Interessen der Konzerne, die Sozialcharta hat keinerlei bindende Wirkung für die Mitgliedsstaaten. Dadurch werden die ärmeren Mitglieder (Griechenland, Portugal und Spanien weiterhin die Billiglohnländer bleiben.

Insgesamt verläuft der Integrationsprozeß äußerst undurchsichtig und auch undemokratisch. Nicht einmal das europäische Parlament hat die Möglichkeit über wichtige Fragen wirklich zu entscheiden, geschweige denn die Entscheidungen der EG-Kommission und des Ministerrates zu kontrollieren und zu beeinflussen.

Dennoch sind wir JUSOS der Auffassung, daß die EG ein wichtiger Baustein eines zukünftigen "Europäischen Hauses" ist. Es gilt deshalb die EG in einem demokratischen und fortschrittlichen Sinne zu gestalten.

Dazu fordern wir:
- Wirkliche Entscheidungskompetenzen für das Europäische Parlament (EP); Trennung von Legislative (EP) und Exekutive (EG-Kommission), um zumindest die bürgerlich-parlamentarische Demokratie zu gewährleisten.
- Die Übertragung von Entscheidungskompetenzen in aussen-, sozial- und umweltpolitischen Fragen von den Nationalstaaten auf die europäischen Institutionen (insbesondere auf das EP). Damit kann die EG den globalen Problemen eher gerecht werden.
- Der Abbau des Nationalstaats darf nicht zu einer weiteren Zentralisierung führen. Vielmehr muß er einhergehen mit einer Regionalisierung bzw. Regionenför-

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

derung, die eine Vereinheitlichung der Standards, insbesondere im sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich, auf höchstem Niveau gewährleistet. Nur so kann das innerhalb der EG bestehende Nord-Süd-Gefälle abgebaut werden.
- Die EG darf sich keinesfalls gegenüber anderen Ländern, vor allem osteuropäischen, abschotten. Sie muß offen bleiben für neue Mitglieder und bereits jetzt enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu diesen Staaten und unterentwickelt gehaltenen Staaten der sog. Dritten Welt pflegen.
- Auch muß die EG für alle Menschen offen sein, die innerhalb ihres Gebietes leben wollen. Innerhalb der EG-Staaten muß ein einheitliches humanes Asylrecht ohne Beschränkungen gelten; BürgerInnen aus Nicht-EG-Staaten müssen die gleichen Rechte zugestanden werden, wie den EG-BürgerInnen auch (zumindest aber uneingeschränktes Wohn- und Arbeitsrecht und kommunales Wahlrecht).

KSZE-Prozeß

Europa ist nicht die EG allein. Um das gemeinsame europäische Haus, das Gorbatschow vorschlug, zu verwirklichen brauchen wir Strukturen, die über die EG hinausgreifen. Mit dem Fortfall des Ost-West-Konfliktes in der bisher gekannten Form hat sich die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu einer Institution entwickeln können, aus der das "Europäische Haus" erwachsen kann.

Wir fordern deshalb eine weitere Institutionalisierung der KSZE. Sie soll künftig regelmäßig tagen, um
- weitere Abrüstungsschritte durchzusetzen und zu beaufsichtigen,
- die Blockgegensätze weiter abzubauen und
- eine gesamteuropäische Friedensordnung zu erarbeiten, in der der Warschauer Pakt und NATO aufgehen.

Darüberhinaus brauchen wir ein Forum, das die gesamteuropäische Entwicklung auch in anderen Fragen (Wirtschaft, Umwelt) vorantreibt. Ein solches kann am ehesten aus dem KSZE-Prozeß erwachsen, da er wesentlich zur Vertrauensbildung beiträgt und bereits Arbeitsstrukturen hat, die genutzt werden können.

4.4.2 Internationale Kooperation

Das Ziel sozialistischer JUSOS ist eine neue Weltgesellschaft und ein internationaler Sozialismus. "Der moderne Sozialismus ist mit einer realen Utopie der solidarischen weltweiten Völkergemeinschaft unaufhebbar verknüpft." (aus: "53 Thesen" des Projekt Moderner Sozialismus)

Die internationalen Beziehungen müssen wesentlich von dem Prinzip der internationalen Solidarität und dem damit eng zusammenhängenden Prinzip der internationalen Gerechtigkeit bestimmt werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende drei Fragen:
- Was bedeutet internationale Solidarität ?
- Was sind die Grundvoraussetzungen zur Erreichung des Ziels der solidarischen Völkergemeinschaft ?
- Was sind die größten Herausforderungen auf dem Weg zur Erreichung dieses Zieles und wie sind diese zu bewältigen ?

Internationale Solidarität

Das Prinzip der internationalen Solidarität umfaßt im wesentlichen den Schutz und die Erhaltung des "gemeinsamen Erbes der Menschheit" und die Zusammenarbeit der Staaten zur Verwirklichung der in Art. 55 der Satzung der Vereinten Nationen genannten Ziele: Einen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt zu erreichen, der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichbereichtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhenden Beziehungen herrschen.

Hierzu sind erforderlich:
- Die Verbesserung des Lebensstandards und die Schaffung von Vollbeschäftigung und der Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg.
- Die Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, gesundheitlicher, ökologischer und verwandter Art sowie die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Erziehung.
- Die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion.

Das Prinzip der internationalen Solidarität ist eng verbunden mit dem Prinzip der internationalen sozialen Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang verbietet es sich, Leistungen im Verhältnis zu den unterentwickelt gehaltenen Ländern der sog. Dritten Welt als "Opfer" zu bezeichnen. Einzuführen ist vielmehr vor allem in den internationale Wirtschaftbeziehungen eine "ausgleichende Ungleichheit" als Wiedergutmachung für das diesen Ländern durch Konolisation und Sklaverei, aber auch noch heute durch imperialisitische Ausplünderung zugefügte Unrecht. Hierhin gehören u.a. ein Rechtsanspruch auf Entwicklungshilfe ohne Gegenleistung, auf Technologietransfer bis hin zur Pflicht von Staaten, anderen Staaten im Falle z.B. einer Hungersnot bis an die Grenze der eigenen Selbstgefährdung zu helfen,

Unter Beachtung dieser Prinzipien sind die unterschiedlichen sozialkulturellen Eigenarten der Völker, Nationen und Regionen als gleichbertechtige Errungenschaften der Menschheit weiterzuentwickeln.

Grundvoraussetzungen

Grundvoraussetzungen einer neuen Weltordnung sind die Befreiung der Weltbevölkerung von der Last des Wettrüstens und der imperialistischen Ausbeutung.

Herausforderungen

Die größten Herausforderungen, die auf dem Weg zur Erreichung dieses Ziels zu bewältigen sind, liegen dabei in den Bereichen Ökonomie und Ökologie.

An jedem Vormittag werden in der Welt etwa 500 Mio. DM für Rüstung ausgegeben, zugleich verhungern jedoch 7.000 Kinder. Für jeden Menschen liegen heute mehrere Tonnen Sprengstoff bereit. Es gibt pro Kopf mehr Sprengstoff als Lebensmittel. Dies ist eine tödliche Gefahr.

Längst müssen die unterentwickelt gehaltenen Länder der sog. Dritten Welt weit mehr Dollar an die Gläubiger in den kapitalistischen Industriestaaten überweisen als sie von diesen an neuen Krediten gewährt bekommen. Gerade die ärmsten Bevölkerungsschichten werden im Gefolge der Erfüllung von Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) durch wachsende Arbeitslosigkeit, Reallohnsenkungen und gekürzte Sozialausgaben besonders hart betroffen. Trotz dieser Auflagen werden die angepeilten Handelsbilanzüberschüsse der unterentwickelt gehaltenden Länder der sog. Dritten Welt nicht erzielt.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß ohne radikale politische Lösungen diese katasrophale Lage nicht zu verändern, die Weltmarkt-Katastrophe nicht zu bekämpfen ist. Die Solidarität der reichen Industrieländer ist eine entscheidende Voraussetzung zur Lösung des Nord-Süd-Konfliktes. Die besondere Verantwortung der BRD für die Lösung der internationalen Schuldenkrise ergibt sich nicht nur daraus, daß sie eines der reichsten Länder der Erde ist und zu den größten Exporteuren zählt, sondern ist auch eine Aufgabe, die sich aus unserer Geschichte begründet: Die politische Stabilität und der wirtschaftliche Aufbau der deutschen Demokratie nach 1945 wurden durch die Marshall-Plan-Hilfe sowie das Londoner Schuldenabkommen von 1953 begünstigt, mit dem der BRD Schulden erlassen und Zinslasten verringert worden sind. Was die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs der BRD zugestanden haben, dürfen wir heute den von sozialen und politischen Krisen betroffenen ärmsten Ländern der Welt keinesfalls verweigern.

Die "terms of trade" (das Preisverhältnis zwischen den von den unterentwickelt gehaltenen Ländern der sog. Dritten Welt exportierten Rohstoffen und den von ihnen aus den Industriestaaten importierten Fertigprodukten) sind zugunsten der Rohstoffe zu verbessern. Diese Veränderung der "terms of trade" muß einhergehen mit folgenden Maßnahmen:

- Abbau des Protektionismus der Industriestaaten,
- Aufbau von Kartellen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern der sog. Dritten Welt,
- Verbot von Kartellen in den Industriestaaten,
- Übernahme der Kosten von Umweltschutzmaßnahmen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern der sog. Dritten Welt durch die Industriestaaten,
- Kontrolle der multinationalen Konzerne durch die UNO.
- Ausbau des Technologietransfers und
- Schaffung von weitgehenden Möglichkeiten der Enteignung multinationalere Konzerne.

Wir fordern eine internationale Finanzbehörde, in der die Stimmrechte so verteilt sind, daß sowohl die Hauptgläubiger- als auch die Hauptschuldnerländer gleichermaßen über die größte Stimmenzahl verfügen. Diese internationale Finanzbehörde sollte von den rohstoffverbrauchenden Staaten eine (Ressourcen-)Steuer erheben und diese zugunsten von Umweltschutzmaßnahen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern der sog. Dritten Welt einsetzen.

Dadurch würde ein Beitrag dazu geleistet werden, daß die unterentwickelt gehaltenen Länder der sog. Dritten Welt in die Lage versetzt werden ihre verbliebenen Restschulden zurückzuzahlen, die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen und ihre eigene rohstoffverarbeitende Industrie weiter auszubauen.

Die Weltwirtschaftsordnung ist also in einer Weise umzubauen, daß sie den Prinzipien der internationalen Solidarität und der internationalen sozialen Gerechtigkeit entspricht und daß von ihr keine Gefahren für die Umwelt ausgehen bzw. bereits vorhandene Umweltschäden soweit möglich repariert werden. Mit Hilfe der wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse und Möglichkeiten, des ungleich angehäuften materiellen Reichtums, weltumspannender Informations- und Kommunikationsnetze, internationaler Koordination und Kooperation und mit Hilfe demokratischer und solidarischer Steuerung der weltweiten ökonomischen und ökologischen Kreisläufe lassen sich groß angelegte Projekte gegen Unterentwicklung und ökologische Katastrophen und für Ernährung, Gesundheit und Energieversorgung verwirklichen.

Dabei kommt der UNO eine besondere Bedeutung zu. Die in der Satzung der Vereinten Nationen angelegten Möglichkeiten sind auszuschöpfen, auszuweiten und insgesamt zu stärken. Der Kreis der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates ist um Indien und Brasilien zu erweitern.

Es ist weiter sicherzustellen, daß die europäische Integration nicht zu Lasten der unterentwickelt gehaltenen Länder der sog. Dritten Welt geht.

4.4.3 Gemeinsame Sicherheit

Die Herausbildung eines "Neuen Denkens" in der Sowjetunion und die zahlreichen Abrüstungsvorschläge der Warschauer-Vertrags-Organisation, das Wirken der Friedensbewegungen und die friedenspolitische Sensibilisierung der Weltöffentlichkeit haben der imperialistischen Konfrontations- und militärischen Überlegenheitsstrategie die Spitze genommen und einer realistischen Politik, die nicht ihr Ziel in der militärischen Konfrontation hat, den Boden bereitet. Den globalen Problemen und Risiken des technischen Fortschritts, der ökonomischen Stagnation und dramatischen Unterentwicklung, den weltweiten Gefahren regionaler Konflikte und Kriege kann nur unter diesen Voraussetzungen wirksam begegnet werden: gemeinsame Sicherheit, Abrüstung und Überwindung der Militärblöcke. Durch die schrittweise

und gegenseitige Verminderung und Abschaffung der Waffen, durch die Ausschaltung des Krieges als Politik mit anderen Mitteln können Ressourcen freigesetzt werden, um die bestehenden Probleme zu bewältigen.

Wir JUSOS treten ein für ausschließlich friedliche Kooperations- und Auseinandersetzungsformen, für einne neue Logik der internationalen Beziehungen. Dies verlangt eine Ausweitung der Aufgaben und Stärkung der UNO. Wir begreifen das INF-Abkommen als einen historischen Schritt, um eine Spirale der Abrüstung und Entmilitarisierung in Gang zu setzen. Abrüstung ist auch dringend bei den chemischen, biologischen und konventionellen Waffen geboten. Die Weltraumrüstung muß aufgegeben werden.

Eine gesamteuropäische Friedensordnung ist ein zentrale Beitrag zur weltweiten gemeinsamen Sicherheit und die entscheidende Voraussetzung für eine "Selbstbehauptung Europas". Sie muß aus der Fortsetzung des KSZE-Prozesses resultieren. Eine gesamteuropäische Friedensordnung sollte

- die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa garantieren und
- eine Basis für eine Kultur des politischen Streits un der Kooperation bilden.

Ein Konzept gemeinsamer Sicherheit verlangt für das "gemeinsame europäische Haus" militärische Abrüstung:

* Die Abschaffung der Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen zunächst über den Verzicht auf die Modernisierung der NATO-Kurzstreckenraketen, den Verzicht auf die Stationierung neuer Atomwaffen und die Errichtung atomwaffenfreier Zonen. dann über die Abschaffung der Atomwaffen aus allen europäischen Länder, die nicht über solche verfügen, schließlich auch die Abschaffung der französischen, britischen und sowjetischen Atomwaffen auf europäischem Boden, auch muß im gleichen Zuge eine B- und C-Waffenfreie Zone in Europa geschaffen werden und letztendlich muß das Verbot derselben durchgesetzt werden.

* Der Beginn einer massiven konventionellen Abrüstung und Umstrukturierung der Armeen auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, zunächst über den Verzicht auf den Jäger 90, der Begrenzung und Reduzierung der Wehrpflichtzeiten.

* Der Verzicht auf Rüstungsexporte in andere Teile der Welt.

Wenn es gelingt, gemeinsame Sicherheit an die Stelle der Politik der Abschreckung zu setzen und wenn es gelingt, militärische Abrüstung an die Stelle der Aufrüstung zu setzen, dann kann der Konflikt zwischen den Militärblöcken und in anderen Regionen entmilitarisiert und die Militärblöcke überflüssig gemacht werden.

SCHULUNGSARBEIT

DER JUNGSOZIALISTINNEN UND JUNGSOZIALISTEN IN KÖLN IM JAHR 1991

Die Schulungskommission der Kölner Jungsozialistinnen und Jungsozialisten führt im Jahr 1991 folgende Veranstaltungen durch:

1.) Wochenendseminare

Neumitgliederseminare.

Sie sollen den neueingetretenen GenossInnen einen Überblick über die inhaltlichen Positionen der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, unseren Organisationsaufbau und die Arbeitsweise und das Arbeitsprogramm der Kölner Jungsozialistinnen und Jungsozialisten geben.

25.-27.01.
13.-15.09.

"Zwischen Yuppi und Prolet:
Auf der Suche nach dem historischen Subjekt"

Ein Versuch, die Kräfte zu bestimmen, von denen noch gesellschaftsverändernde Impulse ausgehen (können) und eine Diskussion darüber, was der Begriff "Klasse" heute ausdrückt.
(gemeinsam mit dem "Projekt Moderner Sozialismus")

April/Mai

Seminar zur Frauenpolitik

25.-27.10.

2.) Diskussionsveranstaltungen

Zu aktuellen Themen werden kurzfristig Abendveranstaltungen durchgeführt.

3.) Schulungen

In abendlichen Schulungsreihen versuchen wir Grundkenntnisse über die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, die Kritik der politischen Ökonomie und philosophische Fragen zu vermitteln.

Wer mehr wissen möchte oder an einzelnen Veranstaltungen ein konkretes Interesse hat wende sich bitte an:

Peter Koch, Koburger Str. 6, 5000 Köln 91;
Tel.: 87 75 68

ZWISCHENSTAND DER ERARBEITUNG EINER

PROGRAMMATISCHEN PLATTFORM DER SOZIALISTISCHEN JUSOS

Mit der Arbeit an dieses programmatischen Plattform ist unmittelbar nach der Sommerpause begonnen worden. Auf einem Treffen am 23.10.1990 werden die bisherigen Ergebnisse zusammengestellt werden. Sie sollen dann als Arbeitsbroschüre gedruckt und den AGen zur Diskussion vorgelegt werden.

Am 09.10.1990 ist folgender Bearbeitungsstand erreicht:

1.) Unsere Partei: Die SPD

Beteiligt an der Erarbeitung und Diskussion waren:
HGBell; TFranken, MFritzsche, MFrenzel, BLiesenfeld, PKoch, HKockerbeck, FSaß

Die am 27.08.1990 diskutierte Vorlage ist mittlerweile entsprechend der Diskussion überarbeitet worden und kann für die Arbeitsbroschüre verwendet werden.

2.) Wir JUSOS: jugendpolitisch orientiert -und- Bildung für alle verwirklichen

Beteiligt an der Erarbeitung und Diskussion waren:
OKrems; HGBell, CMeyer (und die JUSOS Hochschulgruppe)

Die am 06.09.1990 diskutierte Vorlage sollte nochmals überarbeitet werden. Diese überarbeitete Fassung liegt noch nicht vor.

3.) Die Zukunft der Arbeit

Beteiligt an der Erarbeitung und Diskussion waren:
GEmons; WBaier, HGBell, JDennhardt, TFranken, BHenkies

Die am 20.09.1990 diskutierte Vorlage sollte nochmals überarbeitet werden. Diese überarbeitete Fassung liegt noch nicht vor.

4.) Ökologisch umbauen, in die Zukunft investieren

Die Erarbeitung übernommen haben:
JDennhardt, MJEumann, HKockerbeck

Es liegt noch kein Diskussionsbeitrag vor.

5.) Gemeinsames europäisches Haus und internationale Kooperation (einschl. Frieden)

Beteiligt an der Erarbeitung und Diskussion waren:
SdSantos; HGBell, CHeymann, BLiesenfeld, GMiebach

Die am 01.10.1990 diskutierte Vorlage sollte nochmals überarbeitet werden. Diese überarbeitete Fassung liegt noch nicht vor.

6.) Wir JUSOS: feministisch

Beteiligt an der Erarbeitung und Diskussion waren:
SBecker; HGBell, GEmons, SFeindt, BKoch, BSchnitzler, DTurpekici

Die am 08.10.1990 diskutierte Vorlage sollte nochmals überarbeitet werden. Diese überarbeitete Fassung liegt noch nicht vor.

7.) Wir JUSOS: klassenbewußt -und- Das Projekt des modernen Sozialismus

Die Erarbeitung übernommen hat HGBell. Es liegt noch kein Diskussionsbeitrag vor.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist also festzuhalten:

* Insgesamt haben sich 23 GenossInnen in unterschiedlich großem Umfang an der Erarbeitung oder Diskussion der unterschiedlichen Beiträge zu dieser programmatischen Plattform der sozialistischen JUSOS beteiligt. Darunter 9 GenossInnen (= 40 %).

* Die Qualität der einzelnen Beiträge ist sehr unterschiedlich; bevor hieraus eine einheitliche Plattform wird, werden weitere intensive Diskussionen notwendig sein.

* Zwei zentrale Beiträge liegen noch nicht vor.

* In den Diskussionen ist deutlich geworden, daß für viele GenossInnen eine Auseinandersetzung mit Programmatik noch ungewohnt ist. Hier ist ein Defizit deutlich geworden, daß das Selbstverständnis der JUSOS, eine sozialistische Organisation zu sein, existenziell bedroht; denn für eine sozialstische Organisation ist es zwingend notwendig, daß sie ihre Politik auf einer fundierten Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit und einer daraus abgeleiteten Programmatik aufbaut.

Die Schulungskommission des JUSO UB Köln schlägt deshalb vor,

die Arbeit an dieser programmatischen Plattform -entgegen den ursprünglichen Planungen- jetzt nicht zu beenden, sondern in 1991 fortzusetzen.

Dies soll geschehen
- in Form weiterer themenbezogener Arbeitstreffen interessierter GenossInnen;
- zu dem heftig diskutierten Thema "Klasse / Klassenformierung' wird die Schulungskommission vom 24.-26.05.1990 - gemeinsam mit dem Projekt Moderner Sozialismus"- ein Wochenendseminar durchführen.
- ihren vorläufigen Abschluß soll die Arbeit an dieser programmatischen Plattform auf einer UBDK am 29.06.1990 finden.